Nr. 234. Abendblatt. Dreiundsechzigster Jahrgang. Samstag, 24. August 1918

Bezugspreis:
Im Vierteljahr in Frankfurt bei der Expedition ℳ 7.50, bei den Agenturen ℳ 9.—, bei den Postanstalten in Deutschland, Belgien, den deutschen Postämtern in Russ.-Polen, Russland und nach den besetzten Gebieten von Frankreich ℳ 9.—, Bulgarien L. 24.35 st., Dänemark Kr. 8.53, Holland fl. 7.20, Luxemburg ℳ 10.44, Norwegen Kr. 9.40, Oesterreich-Ungarn (Wien, auch Wollzeile 11) Kr. 18.81, Schweden Kr. 9.50, Schweiz Fr. 11.05, Türkei (D. P.) Piaster (Silber) 85¼, Ungarn Kr. 16.74, unter Streifband nach dem Ausland ℳ 18.—. Ins Feld direkt d. die Exped. bezog. monatl. ℳ 3.—
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430
Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe 10 Pfg.

Frankfurter Zeitung

und Handelsblatt.

(Frankfurter Handelszeitung.) (Neue Frankfurter Zeitung.)
Stadt Telephon: Amt Hansa 9162. Für auswärts: Amt Hansa 9173.
Begründet von Leopold Sonnemann.

Preis der Anzeigen:
Die kleine Zeile 70 ₰ Abendblatt 80 ₰ Reklamen ℳ 2.50 Abendbl. ℳ 3.— 40% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 10% Teuerungszuschl. Familienanzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne Verbindlichk. — Anzeig. nehm. an: Geschäftsstelle Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 20 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Manerstr. 16/18, Dresden A: Waisenhausstr. 35 München: Pernsastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Frankfurt, 24. August.

Einige Zeit vor dem Krieg war in Spanien das zuerst in einer parlamentarischen Rede ausgesprochene Wort von den „Salpicaduras de la guerra" aufgekommen, von den „Spritzern", die das Land von dem kommenden Krieg empfangen werde, ohne doch an ihm teilzunehmen. Nach dem Eintreffen des von manchen spanischen Staatsmännern mit merkwürdiger Klarheit vorausgesehenen Ereignisses wurde also die Nation nicht überrascht durch die Feststellung, daß es für sie in der Tat nicht sein Bewenden dabei hatte, geruhsam am Rande des Weltbrandes zu sitzen. Die naheliegende Frage aber, ob das Maß, in dem Spanien in Mitleidenschaft gezogen wurde, den Erwartungen entsprach oder etwa über sie hinausging, wird unter verschiedenen Gesichtswinkeln verschieden beantwortet werden. Gewisse, in Anbetracht der sozialen Schichtung der spanischen Gesellschaft eng umgrenzte Interessenkreise werden ohne Zweifel zu der Ansicht neigen, daß der Schaden, den sie durch Verluste oder, was wohl häufiger zutreffen wird, durch entgangene Gewinne erleiden, das Vorgesehene beträchtlich überschreitet, zumal man sich auch in Spanien rasch daran gewöhnt zu haben scheint, mit Riesengewinnen zu rechnen, deren gelegentlicher Wegfall dann als ungebührliche Schädigung gebucht wird. Anderseits ist es sicher, daß die in weniger komplizierten Gedankengängen sich bewegende und an den Kriegsgeschäften unbeteiligte Masse des Volkes bei dem Vergleich der eigenen Last mit der von den kriegführenden Völkern zu tragenden einen gewaltigen Unterschied zu Gunsten Spaniens feststellen und, wenn erst der Krieg vorüber ist, den leitenden Männern und dem Regime, das sie vertreten, großen Dank dafür wissen wird, dem Lande den Frieden bewahrt zu haben. So ungefähr stellt sich, soweit sich die Dinge von hier aus überblicken lassen, die heute in Spanien herrschende Stimmung dar. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß jene kleinen, aber mächtigen Interessenkreise in der Lage sind, auf die Organe des öffentlichen Lebens und insbesondere auf einen Teil der Presse einen Einfluß auszuüben, der dem Bild der öffentlichen Meinung zu Zeiten eine gewisse Einseitigkeit verleiht und, durch gewisse äußere Anlässe unterstützt, Stimmungen in den Vordergrund treten läßt, die der Gesinnung der großen Volksmehrheit nicht entsprechen. Es scheint, daß diese Konjunktur gegenwärtig stattfindet.

Zu solchen inneren Verhältnissen tritt hinzu, daß die Entente in diesen Tagen mit ihren Erfolgen an der Westfront natürlich auch in Spanien eine ungeheure Propaganda betreibt, indem sie die Dinge so darstellt, als handle es sich um Ereignisse, die den Ausgang des Krieges in einer endgültigen Weise zu beeinflussen berufen seien. Der französische Ministerpräsident selber hat es nicht verschmäht, den Ton für diese Musik anzugeben. Vor kurzem hat er dem Pariser Vertreter eines der Entente mit Haut und Haaren verschriebenen Madrider Blattes eine Kundgebung diktiert, in der er beteuerte, daß die gegenwärtige militärische Entwicklung bis zum definitiven Sieg fortfahren werde. „Sagen Sie das unseren spanischen Freunden," setzte er ausdrücklich hinzu. Indessen können wir nicht glauben, daß dergleichen Belehrung großen Eindruck auf die spanische Regierung machen wird, die heute aus den ersten Staatsmännern des Landes zusammengesetzt ist und unter dem Vorsitz eines Mannes steht, dessen öffentlich bekanntes Weltbild keineswegs mit der Vorstellung übereinstimmt, die Herr Clemenceau hier zu suggerieren sucht: mit der Vorstellung einer Welt nämlich, in der die Entente nach Belieben schaltet und waltet und diejenigen, die ihrem Winke nicht folgten, mit ihrer Ungnade bestraft. Herr Maura steht unendlich über einem Bratianu, der sich durch vorübergehende Erscheinungen der Kriegskarte bewegen lassen konnte, sein Land in das Unglück zu stürzen. Und wenigstens konnte sich der rumänische Staatsmann damals auf eine wirklich bedenkliche militärische Lage der Zentralmächte berufen, während ein halbwegs klarer Blick heute an der französischen Front nichts anderes sehen kann als unmäßige Anstrengungen und Opfer, die dennoch nur erreichten, daß unsere Linien an manchen Stellen um einige Kilometer zurückverlegt wurden. Dergleichen zur Grundlage von Prophezeiungen über das Schicksal einer in Feindesland operierenden Armee zu machen, hat etwas geradezu Kindliches, und dies ist wohl die Erwägung, die Herrn Clemenceau veranlaßt hat, jenes Interview nach reiflicher Ueberlegung — es war im „Temps" schon am 18. d. M. wiedergegeben — halb und halb zu verleugnen, aus Furcht, eine so mangelhaft begründete Siegeshoffnung könnte das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorrufen.

Noch andere Ueberlegungen drängen sich den Spaniern auf, um ihnen für die gegenwärtig zwischen ihrer Regierung und der unsrigen schwebende Frage eine Lösung zu empfehlen, die kein Mißvergnügen zwischen den beiden Ländern zurückläßt. Die Spanier sind heute das größte und insofern führende neutrale Volk. Sie haben ihre Neutralität und damit ihre Eignung, zu gegebener Zeit eine schlichtende Rolle unter den Nationen zu spielen, bis jetzt gewissenhaft wahrgenommen, und es ist nicht zu glauben, daß sie die sittlichen und materiellen Vorteile, die daraus erwachsen, daran geben möchten, um die demütige Eigenschaft eines Trabanten der Entente dafür einzutauschen. Alles, was man von dem Charakter des spanischen Volkes weiß, protestiert gegen eine solche Möglichkeit, und erst recht, seitdem sich an der Spitze der Staaten, in deren Gefolge es durch die Preisgabe seiner Neutralität gedrängt würde, jenes Land befindet, unter dessen Kommando Spanien nur mit völliger Verleugnung des nationalen Selbstgefühls marschieren könnte. Der Gedanke eines an der Seite des Feindes von 1898 kämpfenden Spanien ist so widerwärtig, daß man dem spanischen Volk Unrecht tun würde, ihn auch nur einen Augenblick in Erwägung zu ziehen.

In Wirklichkeit wird ja auch in den von Madrid aus an die deutsche Regierung gelangten Erklärungen der Wille zur ferneren Aufrechterhaltung der Neutralität in nachdrücklicher Weise versichert. Auf der anderen Seite ist es nicht zweifelhaft, daß man in Deutschland die mißlichen Umstände, über die sich die spanische Regierung beklagt, durchaus zu würdigen weiß und in die Beratung über das, was zu ihrer Erleichterung geschehen kann, die freundschaftliche Gesinnung mitbringt, die niemals aufgehört hat, die Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien zu kennzeichnen. Sicherlich ist auch in Spanien das Verständnis für die Kriegsnotwendigkeiten eines in schwerem Existenzkampfe liegenden Landes nicht geringer geworden unter einer Regierung, die den Anspruch erheben darf, die einsichtigsten Staatsmänner des Landes in sich zu vereinigen. Und somit scheinen uns alle Voraussetzungen für die Annahme gegeben, daß der gegenwärtige Streitfall nicht anders als in der gütlichen Weise beigelegt werden kann, die der Gesinnung der großen Mehrheit des spanischen Volkes gewiß nicht weniger als der unsrigen entspricht.

Die Rede Solfs.

Wien, 24. Aug. (W. B.) Wie die „Neue Freie Presse" erfährt, wird die Rede des deutschen Kolonialsekretärs Dr. Solf in den Wiener politischen Kreisen aufs wärmste begrüßt. Sie zeige, daß unter den verbündeten Mächten die vollständigste Uebereinstimmung bezüglich der Kriegsziele und der Methoden zu ihrer Erreichung besteht. Der Eindruck auf das feindliche Ausland sei noch abzuwarten. Die eine oder die andere Stimme, die von dort zu uns gedrungen sei, zeige, daß die Worte Solfs nicht spurlos verhallten, jedoch werde man sich wegen einer tiefer greifenden Wirkung seiner Rede auf die großen Massen der feindlichen Bevölkerung und ihre Führer mit Geduld wappnen müssen. Die Rede Solfs bestätige, daß die Mittelmächte nach wie vor einerseits vor der bitteren Notwendigkeit ständen, den Krieg um ihre Existenz weiter zu führen, andererseits aber jeden Augenblick bereit seien, über den Frieden zu sprechen und zu verhandeln.

Der verweigerte Paß für Troelstra.

E Kopenhagen, 23. Aug. (Priv.-Tel.) In der noch nicht ganz aufgeklärten Paßverweigerungs-Angelegenheit, durch die vor einigen Wochen Troelstras Reise nach England und seine Zusammenkunft dort mit Branting verhindert wurde, konstatiert das hiesige Blatt „Socialdemokraten", daß es festzustehen scheine, daß die englische Regierung für die Paßerteilung an Troelstra gestimmt gewesen sei. Erst nach dem Eingreifen der französischen Regierung habe die englische Regierung sich geweigert, den Paß auszustellen.

Wie ich hierzu von gutunterrichteter sozialistischer Seite erfahre, scheint diese Tatsache vor allem mit der elsaß-lothringischen Frage zusammenzuhängen. Henderson habe hierüber verschiedentlich eingehende Konferenzen mit englischen Staatsleuten gehabt, die sich seinen Argumenten für eine haltbarere Haltung in dieser Frage nicht ganz verschlossen hätten. Dagegen wollen die augenblicklichen französischen Machthaber auf keine Weise von den bekannten französischen Forderungen abrücken.

Der deutsch-türkische Finanzvertrag.

N Berlin, 24. Aug. 9,30 V. (Priv.-Tel.) Der deutsch-türkische Finanzvertrag, über den der Finanzminister Dschavid Bey seit längerer Zeit in Berlin verhandelt hat, ist gestern unterzeichnet worden. Heute wird der türkische Finanzminister Dschavid Bey in Begleitung des Oberpräsidenten v. Batocki nach Ostpreußen fahren, um sich dort die nach dem Russeneinfall wieder aufgebauten Gebietsteile anzusehen.

Die englische Offensive.

Ein großer französischer Angriff völlig gescheitert.

Großes Hauptquartier, 24. August. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn.

Der Engländer hat seine Angriffe nach Norden bis südöstlich Arras, nach Süden über die Somme hinaus bis Chaulnes ausgedehnt. Die Armeen der Generale von Below und v. d. Marwitz brachen den Ansturm des an Zahl überlegenen Feindes.

Stärkster Artilleriekampf von Arras bis Chaulnes leitete mit Tagesanbruch die Schlacht ein. Dem beiderseits von Boyelles vorbrechenden Gegner wichen unsere Vortruppen befehlsgemäß auf Croisilles—St. Leger kämpfend aus. Nordwestlich von Bapaume nahmen wir den Kampf in der Linie St. Leger—Achiet-le-Grand—Miraumont an. An ihr brachen die Frühangriffe des Feindes zusammen. Am Nachmittag erneuter Ansturm gewann in der Richtung Mory Boden. Preußische Regimenter, aus nordöstlicher Richtung zum Gegenangriff angesetzt, warfen den über Mory vorgedrungenen Feind wieder zurück. Die in Richtung Bapaume geführten feindlichen Angriffe drängten unsere Linien auf Behagnies—Pys zurück; hier brachten örtliche Reserven den Feind zum Stehen und schlugen am Abend noch mehrfach wiederholte starke Angriffe ab. Beiderseits von Miraumont zerschellte viermal wiederholter Ansturm vor unseren Linien. Vizewachtmeister Baurmeister der zweiten Batterie Reserve-Feldartillerie-Regiment 21 vernichtete hier mit einem Geschütz allein 6 Panzerwagen des Gegners.

Oestlich von Hamel faßte der Feind auf dem östlichen Ancre-Ufer Fuß. Seine Angriffe aus Albert heraus brachen östlich der Stadt zusammen. Zur Gewinnung des Anschlusses bei Pys setzten wir unsere Linie von Miraumont bis östlich Albert von der Ancre ab. Südlich der Somme schlugen preußische Truppen, die schon am 9. August dort den englischen Durchbruch verhinderten, auch gestern die gegen Cappy—Foucaucourt—Vermandovillers gerichteten englischen Angriffe westlich dieser Linie zurück.

Beiderseits der Avre, an der Oise und Ailette kleinere Infanterie-Gefechte. Zwischen Ailette und Aisne setzte der Franzose seine Angriffe fort. Am Vormittage wurden Teilangriffe abgewiesen. Am Abend brach der Feind nach stärkstem Trommelfeuer zu großem einheitlichem Angriff vor; er ist völlig gescheitert. Im Gegenangriff warfen wir den Feind auf seine Ausgangsstellungen zurück. Bereitstellungen und Kolonnen der Gegner wurden in den Schluchten von Bezaponin mit besonderem Erfolge von unseren Schlachtstaffeln angegriffen.

Leutnant Udet errang seinen 59. und 60. Luftsieg. In den letzten Tagen errang Leutnant Laumann seinen 25. und 26., Vizefeldwebel Dörr seinen 22. und 23., Oberleutnant Auffarth seinen 22., Oberleutnant Greim und Leutnant Büchner ihren 20. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Polen.

Polnische Pressestimmen zu den letzten Konferenzen.

Warschau, 22. Aug. (W. B.) Die durch die Konferenzen im Großen Hauptquartier geschaffene Lage begrüßt die polnische Staatszeitung „Monitor Polski" als neue Phase, die ziemlich weitgehende Möglichkeiten eröffne. Es wurde klar, führt das Blatt etwa aus, daß im Osten alle ohne Polen oder gegen Polen gemachten Rechnungen trügen. In den Zentralstaaten komme offenbar die wirkliche Staatsraison zu Wort, und man dürfe hoffen, von jetzt ab auf diesen Faktor dauernd zählen zu können. „Daß die Methoden der Einschüchterung ein für allemal bankerott gemacht haben, das sind Tatsachen, die wir mit Befriedigung feststellen, denn sie erleichtern uns offenbar die bis vor kurzem noch unerträgliche Lage." Die passivistische „Gazeta Poranna" stellt fest, daß die öffentliche Meinung Polens mit Erleichterung und Beruhigung vernahm, daß grundsätzliche Entscheidungen im Hauptquartier nicht fielen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wenigstens in der Theorie von der ganzen Welt anerkannt würde, sei schwerlich anzunehmen, daß Entschlüsse, die dem Geschick Polens präjudizieren, ohne Mitwirkung der legalen Vertreter des polnischen Volkes gefaßt würden. Das Blatt stellt sodann fest, daß es gegenwärtig keine legale Vertretung Polens gibt. Als Volksvertretung zu fungieren sei einzig und allein der Landtag berechtigt. Der aktivistische „Kurjer Polski" schreibt: Die Herstellung eines dauernden, unmittelbaren Kontaktes durch Konferenzen mit den Zentralmächten und das Aktuellwerden der polnischen Sache ist der eigentliche Gewinn der polnischen Politik in diesem Augenblick.

Sonnino und seine Gegner.

o **Lugano,** 22. Aug. (Priv.-Tel.) Von allen Staatsmännern und Generalen, die Italien in den Krieg geführt haben, ist nur der schweigsame Sonnino übrig geblieben, der Politiker mit den festen Grundsätzen, der sich in Friedenszeiten immer nur hundert Tage am Staatsruder halten konnte. Wer spricht noch von dem deklamatorisch-pathetischen Salandra, wer noch von dem Schönredner Boselli, wer noch von dem franzosenfreundlichen Martini? Auch der Generalissimus Cadorna hat ohne militärische Ehren abtreten müssen, wenn auch seine große militärische und politische Gemeinde leidenschaftlich den Tag ersehnt, wo er seinen Verdiensten entsprechend rehabilitiert werden wird. Mit souveräner Mißachtung, um nicht zu sagen Verachtung hat Sonnino bisher die Angriffe der Demokraten behandeln können. Er ist einer der wenigen südlichen Politiker, die von kleinlichem Ehrgeiz vollständig frei sind, und er konnte immer erklären, er sei jeden Augenblick bereit, von der Consulta zu scheiden, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Landes genieße und nicht nach seiner Ueberzeugung handeln könne. Seinen Kollegen im Kabinett gegenüber trat der charaktervolle, aber eigensinnige Mann mit einer an Verachtung grenzenden Rücksichtslosigkeit auf. Es ist noch in aller Erinnerung wie er im Juni vorigen Jahres einen so wichtigen Schritt wie die Angliederung des „unter italienischem Schutz stehenden Albaniens" verkündete, ohne seine Ministerkollegen vorher darüber befragt, oder auch nur davon unterrichtet zu haben, sodaß ein Minister vom Einfluß Bissolatis, der Abgott und Vertrauensmann der gesamten Demokratie, ein so wichtiges Ereignis erst aus den Zeitungen erfahren mußte. Als Boselli darauf im Namen des gesamten Kabinetts über dieses unkollegiale Verfahren Vorstellungen erhob, antwortete Sonnino kühl, er sei sofort bereit, abzutreten, ja er wünsche sich nichts Besseres, als seine Dantestudien die Liebe seines Lebens, wieder aufzunehmen. Da Italien keinen Politiker hat, der sich an Ansehen und Einfluß bei den Verbündeten, namentlich bei England, auch nur entfernt mit Sonnino messen könnte, so mußten die beleidigten Kollegen klein beigeben. Sonnino ist eben trotz seiner Fehler, seines Eigensinns und seines Hanges zum Mißtrauen doch ein Staatsmann von Charakter und Bildung, einer von den wenigen, bei denen eine gründliche geschichtliche, philosophische und wirtschaftliche Bildung zu einer festen Grundlage für eine geschlossene Weltanschauung geworden ist. Persönlicher Reichtum bei materieller Anspruchslosigkeit sichert ihm eine große Unabhängigkeit und Freiheit. Er ist eigentlich der einzige italienische Staatsmann, dessen Tätigkeit bisher niemals von den Kriegsparteien, mit Ausnahme der demokratischen, angegriffen wurde.

Wenn dieser ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht nun plötzlich heftige Stöße aus den Reihen seiner bisherigen Verehrer und blind ergebenen Anhänger erfährt, so müssen schon schwere Gründe vorliegen und schlimme Nachteile für Italien eingetreten sein. In seinen theoretischen Schriften hat sich Sonnino immer zum politischen Idealismus bekannt und die Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Völker verfochten. Seine praktische Tätigkeit läßt sich aber leider mit den gepredigten Grundsätzen nicht vereinen. Sein politisches Programm schließt nämlich zwei diesen Prinzipien widersprechende Forderungen ein: die strategische Beherrschung der Adria und die Schutzherrschaft über Albanien. Wenn diese beiden Forderungen erfüllt werden, so ist die nationale Entwicklung der Südslawen auf Jahrhunderte hinaus erdrückt. Mit dem Londoner Vertrag hat Sonnino für Italien von seinen Verbündeten die Einverleibung Istriens, Norddalmatiens und der der dalmatischen Küste vorgelagerten Inseln versprochen bekommen. Nun zweifeln die Südslawen nicht daran, daß in diesen Gebieten nach tripolitanischem Muster eine rücksichtslose Unterdrückung und Italienisierung beginnen würde, während die kleinen nationalen Slawenstaaten bei jedem Widerstand gegen die italienische Politik sofort von der See abgeschnürt und unterdrückt würden. Die Südslawenführer zögern daher, sich den Italienern mit Haut und Haaren zu verschreiben. Viele von ihnen sind vielmehr der Ansicht, daß ihr Volk in einem Bundesstaat wie Oesterreich, der niemals rücksichtslos unterdrücken kann, eine sicherere nationale Zukunft hat als in dem national einheitlichen Italien. Sonnino wiederum fürchtet, daß ein Großserbien, wie es im Vertrag von Korfu verkündet worden ist, in der Zukunft für Italien ein viel unbequemerer Nachbar werden kann als ein durch innere Schwierigkeiten gehemmtes Oesterreich, und daß es insbesondere die italienische Ausdehnung nach der Levante sperrt.

Sobald Sonnino also den Friedensgrundsätzen der Alliierten praktische Opfer bringen sollte, hat er versagt, während er im übrigen gegen die Zugeständnisse auf Kosten Dritter nichts einzuwenden hatte. Schließlich wurde die ganze italienische Nationalitätenpolitik eine halbe und schwankende. Die Consulta hatte nichts dagegen einzuwenden daß Polen in

Frankfurter Denkmals-Enteignung.

Im gestrigen Abendblatt ist an anderer Stelle mitgeteilt worden, daß eine Anzahl von Frankfurter Denkmälern und Brunnen für den Krieg mobil gemacht werden soll. Gegen die Einschmelzung des Rinz-Denkmals, des Sömmerring-Denkmals, des Schützenbrunnens, des Kriegerdenkmals auf dem Peterskirchhof, des Bacchus-Brunnens, der Bronzeteile des Märchenbrunnens und der Bronzefiguren am Rathaus ist nichts zu sagen. Frankfurt wird an seinem künstlerischen Besitz durch ihre Umwandlung nicht trostlos verarmen, auch können von den wertvollen Denkmälern Abgüsse gemacht werden, die eine spätere Wiederherstellung möglich machen. Für die Erhaltung zweier weiterer Denkmäler, des Heine-Denkmals und des Bismarck-Denkmals, hat sich dagegen die Stadt eingesetzt. Wer ist das: die Stadt? Die Bürger sind die Stadt! Die aber sind nicht befragt worden und auch ihre Vertreter sind nicht zu Rate gezogen worden. Wir glauben nicht, daß die Bürgerschaft in ihrer Gesamtheit der Einschmelzung der beiden Denkmäler widerstrebt hätte. Das Heine-Denkmal kann später erneuert werden, denn sein Schöpfer lebt noch und kann es auf Grund eines Abgusses wiederholen. Es steht dem Dichter, der gesagt hat: „Deutschland hat ewigen Bestand, es ist ein kerngesundes Land" wohl an, in Granatenform für Deutschland einzutreten. Deutsche Pietät wird schon für seine Auferstehung sorgen. Aber das Bismarck-Denkmal? Wir haben die günstigste Gelegenheit, es loszuwerden. Seine Freunde rühmen die gelungene Einfügung in die landschaftliche Anlage, den architektonischen Rahmen. Als Kunstwerk sagt uns das Bismarck-Denkmal heute nichts. Es ist kein Ausdruck der Gesamtpersönlichkeit des Reichsschöpfers, sondern ein ungeheurer Tafelaufsatz mit einer Silhouette, der als Plastisierung des Bismarck-Wortes: „Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können!" höchstens für bescheidene Gemüter einen anekdotischen Reiz hat. Wir wollen diese unruhige, von billigstem Patriotismus erfüllte Gruppe, den Kürassier Bismarck samt Roß und Germania und zertretenem Lindwurm gern hergeben. Mit seiner Erhaltung wird weder der Kunst noch der wahren Pietät gedient. Die klammert sich nicht an ein mißlungenes Denkmal! Nach dem Kriege wollen wir ein neues Bismarck-Denkmal haben, eines, um das uns die anderen deutschen Städte beneiden sollen, einen Bismarckkopf, der die Bedeutung dieses überhöhtesten Mannes seiner Zeit in Erz oder Stein in wahrhaft monumentalen Zügen verdichtet, wie etwa der Bismarck-Kopf Hildebrandts im Städel es tut. Bis dahin wollen wir uns mit dem Sockel des Denkmals begnügen und aus ihm selbst die Granaten drehen, die das Vaterland nötig hat.

Das Kaiser Wilhelm-Denkmal am Opernplatz ist in der Frankfurter Liste überhaupt nicht erwähnt. Es liegt kein Grund vor, zaghaft vor ihm Halt zu machen. Seine künstlerische Bedeutung ist gering und seine Erzmasse wird viel bedeutender sein als die der kleinen für die Einschmelzung ausgewählten Denkmäler. Rücksichten auf die Dynastie aber haben hier nicht mitzureden. Wir glauben, daß keiner der in Deutschland in Erz verewigten Hohenzollern ein Recht hat, in segnender oder dräuender Pose stehenzubleiben, wenn jede deutsche Familie den letzten Kupfertopf und die letzte Messingklinke opfern muß, um dem Vaterlande zu helfen. Ganz abgesehen davon, daß die meisten der in den letzten Jahrzehnten entstandenen durch ihr Verschwinden zur künstlerischen Reinigung Deutschlands erfreulich beitragen würden.

= **[Preisausschreiben der „Frankfurter Zeitung".]** In eigener Sache, aber auch im Interesse einer durchgreifenden Werbe-Arbeit zu Gunsten der bevorstehenden 9. Kriegsanleihe, lenken wir die Aufmerksamkeit unserer Leser auf das im Inseratenteil erschienene Preisausschreiben der „Frankfurter Zeitung", das zur Einsendung von Zeichnungen, Aufsätzen und literarisch-künstlerischen Beiträgen auffordert, denen das Thema: 9. Kriegsanleihe zu Grunde liegt und für die besten Arbeiten drei Preise zu 1000 Mk., drei Preise zu 500 Mk. und zwölf Preise zu 200 Mk. aussetzt. Wir bitten herzlichst, dieses Preisausschreiben zu verbreiten und bitten um starke Beteiligung. Alle sollten helfen: die besten Köpfe, die bedeutendsten Gelehrten und Denker, die größten Radierer und Zeichner, die witzigsten Humoristen und Plauderer. Nicht die Preise allein sollen locken, sondern der Wille zur guten Tat, der in jedem Deutschen einfach vorausgesetzt werden muß. Gerade den Künstlern trauen wir es zu, den Ernst der Zeit und ihrer Forderungen tief und ideell zu erfassen — denn die Kunst geht ja nicht immer nur nach Brot!

= **[Frankfurter Opernhaus.]** In der gestrigen Volksvorstellung der „Fledermaus" gab Frl. Meta Scheulen aus Hamburg die Rosalinde. Ihre Stimme trägt und sitzt gut in der ansehnlichen und vollen Mittellage. Ein leichter vokaler Schleier über einzelnen Tönen dürfte nur besonders Feinhörigen aufgefallen sein. Dagegen hapert es offenbar in der glanzlosen Höhe. Immerhin, man könnte sich mit dem Organ abfinden, zumal es musikalisch sicher gehandhabt wird. Bedenklicher stimmt das Spiel, dessen landläufige Gewandtheit den Mangel an innerem Antrieb nicht ganz verdecken kann. Summa summarum: eine gediegene Leistung ohne irgendwelche Auffälligkeiten, die einer Verpflichtung des Gastes das Wort reden könnte. — Daneben hatten die heimischen Kräfte im eigensten Sinne „leichtes Spiel". Wir nennen Frl. Schwarz (Orlofsky) und den erfreulicher Weise wieder einmal auf den rechten Platz gestellten Herrn Wirl (Alfred). Es war Laune in dieser Repertoire-Aufführung, die von Kapellmeister Hartl mit fester Hand durch alle Ensemble-Fährnisse gesteuert wurde. Dr. K. H.

ar **[Die Rätsel der Spanischen Krankheit.]** Die Spanische Krankheit gibt der deutschen ärztlichen Welt noch immer große Rätsel auf. Die neueste Nummer der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" bringt über die Epidemie wieder eine ganze Reihe von Arbeiten, ohne doch eine einstimmige Entscheidung über Wesen und Ursprung der Krankheit zu bringen. Zwar der Direktor des Königsberger hygienischen Institutes, Professor Selter, beginnt seinen Beitrag mit dem Satze: „Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß wir es bei den augenblicklichen Erkrankungen mit einer echten Influenza zu tun haben, die sich in ihrem klinischen Verhalten nicht von den Epidemien der Jahre 1889 bis 1892 unterscheidet. Als Erreger der letzteren wurde der Influenza-Bazillus angesehen, der 1892 von R. Pfeiffer entdeckt wurde. Dies ist aber inzwischen bezweifelt worden, und nun erhofft man von der jetzigen Epidemie die Entscheidung, ob wir die Influenza-Bazillen als die Erreger der Influenza anerkennen oder ihnen nur die Rolle von Begleit-Bakterien zuschreiben sollen." Selter hat selbst nach dem Infektionsstoff der Influenza gesucht und ist zu der Anschauung gekommen, daß die Krankheit von einem noch unbekannten Erreger aus der Gruppe der filtrierbaren oder unsichtbaren Virus verursacht wird. — Auch Professor G. v. Bergmann, der Marburger Kliniker, ist der Meinung, daß die Spanische Krankheit wirkliche Influenza ist. Darin herrsche wohl heute schon unter den Aerzten Uebereinstimmung. Die gegenwärtige Pandemie sei in volle Parallele zu setzen zu den Pandemien, die mindestens seit 1510 beobachtet sind, seit 1743 Influenza und in Frankreich-Belgien Grippe heißen und 1889/90 ohne wesentliche Abweichungen von der jetzigen Art beobachtet worden sind. — Der Leiter der bakteriologischen Anstalt in Metz, Professor Hirschbruch, betont die Aehnlichkeit der Krankheit mit der Brustseuche der Pferde und teilt mit, daß in der Schweiz Neosalvarsan als Spezialmittel erkannt worden ist. — Endlich führt auch Geheimrat Schmorl vom Dresdner Friedrichsstädter Krankenhaus aus, daß die jetzige Epidemie auf die gleiche Ursache wie die vom Jahre 1889/90 zurückzuführen sei. Ueber diese Ursache wissen wir freilich noch nichts. Höchstwahrscheinlich ist aber der Pfeiffersche Bazillus nicht der Erreger.

= **[„Das Joch des Krieges."]** Leonid Andrejew ist außerhalb Rußlands am meisten durch seine krassen Schilderungen aus der ersten russischen Revolution bekannt geworden; seine psychologisch tieferen, gegenständlich aber weniger sensationellen Werke haben leider nicht dieselbe Beachtung gefunden. Wer nun in seinem Kriegsroman ein russisches Gegenstück zu Barbusses „Feuer" suchen wollte, der wäre enttäuscht. „Das Joch des Krieges" — in deutscher Uebersetzung von Hermynia v. Zur Mühlen in der Sammlung „Europäische Bücher" bei Max Rascher in Zürich erschienen — gibt die Geschichte eines Petersburger Kleinbürgers, eines der Tausende von Beamten, die einst die Stadt an der Newa bevölkerten, die ganz und garnicht absonderliche Geschichte eines Mannes, der vom Elend des Kriegs, das er in mannigfachster seelischer Spiegelung an sich selber und an den Seinigen empfindet, bis ins Innerste erschüttert, bis an den Rand des Wahnsinns getrieben wird. Was man die großen Ereignisse des Kriegs zu nennen pflegt, der patriotische Aufschwung zu Beginn, dann die Spannungen über den Verlauf militärischer Operationen, das bildet alles nur eine blasse Folie für die Darstellung eines Menschenschicksals. Es ist ganz bezeichnend, daß der Verfasser der Tagebuchblätter, aus denen sich die Darstellung aufreiht, schließlich keine Zeitung nicht einmal mehr die an allen Straßenecken angeschlagenen amtlichen Kriegsberichte liest. Die Aufzeichnungen schließen schon im Januar 1916 ab; das Buch dürfte nicht viel später geschrieben worden sein. Von dem zuckenden Fieber der sozialen Revolution, das damals schon unterirdisch glühte, ist nichts darin zu spüren, aber von der geistigen Verfassung des russischen Bürgertums am Vorabend der großen Katastrophe, die es zu vernichten droht, ist aus Andrejews Roman weit mehr zu erfahren als aus unzähligen Zeitungsberichten. Zur psychologischen Geschichte des Krieges bietet das Buch daher einen sehr schätzbaren Beitrag. Die deutsche Uebersetzung ist recht gut; einige Mißverständnisse wären wohl bei einer Ueberprüfung durch einen politisch geschulten Leser vermieden worden. Was soll man sich z. B. unter Pari-Grad vorstellen; daß Konstantinopel von den Russen Zargrad oder Zarigrad genannt wird, braucht nicht ohne weiteres jedem Leser einzufallen. H. G. P.

= **[Akademische Nachrichten.]** Dr. E. Hesse, Kustos des Zoologischen Museums der Universität Leipzig, ist in gleicher Eigenschaft an das Zoologische Museum in Berlin berufen worden. — Aus Baden-Baden wird uns geschrieben: Der Privatdozent für organische Chemie an der Heidelberger Universität, Dr. E. Schrader, Assistent am Chemischen Universitätslaboratorium, ist hier gestorben.

= **[Chronik der Künste.]** Hanau: Das Stadttheater feiert in diesem Jahre sein 150jähriges Bestehen. Am 22. Dezember 1768 wurde das Theater in Anwesenheit des Erbauers Erbprinz Wilhelm von Hanau und des Königs Christian VII. von Dänemark eröffnet. Des denkwürdigen Tages soll durch Veranstaltung einer vom 16. bis 22. Dezember währenden Festwoche gedacht werden.

Langenschwalbach: Am 20. ds. gelangte im Kurtheater das Lustspiel „Vor Torschluß" von Sophie Sömmerring unter der Regie von Otto Fricke, der auch erfolgreich die Hauptrolle spielte, zur beifälligen Aufführung.

Saarbrücken: Die Südwestdeutsche Verbandsbühne, die in Saarbrücken und von da aus auch in anderen Orten mit anerkennenswerten Darbietungen auftrat, wird am 1. September ihre Tätigkeit beschließen. Ihrem Leiter, dem Schauspieler Ernst Matter, ist die Intendanz der Volksbühne des stellvertretenden Generalkommandos des 21. und 16. Armeekorps übertragen worden.

= **[Aus den Frankfurter Theatern.]** Die Generalintendanz der Städtischen Bühnen teilt mit: Das am 27. ds. im Schauspielhaus neu einstudiert in Szene gehende Lustspiel „Im weißen Rößl" von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg ist mit folgenden Mitgliedern der Bühne besetzt: Grete Kaiser, Georg Lengbach, Fritz Werner, Margarete Wolf, Sophie König, Alfred Auerbach, Margit Freytag, Heinrich George, Helmut Krauß und Oskar Ebelsbacher. Die Spielleitung hat Walter Brügmann.

Die Direktion des Neuen Theaters gibt bekannt: In dem am 27. ds. zum ersten Male zur Aufführung gelangenden Schauspiel „Die Haubenlerche" von Ernst v. Wildenbruch sind die Rollen mit folgenden Mitgliedern des Theaters besetzt: Robert Grüning, Otto Wallburg, Klara Wassermann, Rosa Wohlgemuth, Dora Tillmann, Alois Großmann, Max Reimann. Die Spielleitung hat Direktor Max Reimann.

der Verbandskundgebung von Versailles vom 6. Juni feierlich zum selbständigen Staat proklamiert wurde, machte aber entschiedene Opposition, als ein gleiches zugunsten der Tschecho-Slowaken und der Südslawen geschehen sollte. Wir haben in den Telegrammen der letzten Tage ausführlich dargetan, wie Italien sich in der Nationalitätenpolitik von seinen westlichen Verbündeten widerwillig ins Schlepptau nehmen ließ und wie Sonnino sich hütete, irgend einen Schritt mit seiner persönlichen Flagge zu decken, sondern immer den Ministerpräsidenten Orlando vorschob. Orlando hat mit dem Kroatenführer Dr. Trumbitsch in London verhandelt, Orlando hat die Vertreter der „unterdrückten Völker" nach ihrem Kongreß auf dem Kapitol empfangen, Orlando hat mit dem Obersten Stefanik als Vertreter des tschechischen Nationalrates einen Vertrag aufgesetzt und unterzeichnet, Orlando hat die Parade über die tschechische Legion in Italien abgenommen und ihr eine Fahne überreicht, nachdem Sonnino sich ihrer Bildung lange Zeit widersetzt hatte.

Wie jede halbe Politik hat Sonninos Haltung mit einem vollen Mißerfolg geendet. Eigensinnig und mißtrauisch hat er von den in London erreichten Zugeständnissen nichts opfern wollen und dadurch das Mißtrauen der slawischen Völker gegen die Absichten Italiens wach gehalten. Man wirft deshalb dem Minister des Aeußeren in erster Linie vor, daß er durch seine Politik die Südslawen davon abgehalten habe, sich gleich den Tschechen tätig an der Zertrümmerung Oesterreichs zu beteiligen, und dadurch die Erreichung dieses Zieles sehr erschwert und hinausgeschoben habe. Es gibt viel Leute in Italien, die glauben, daß Oesterreich heute vollends von innen heraus zerrieben am Boden läge, wenn Sonnino zeitig die Zeichen der Zeit erkannt und ihnen kluge Zugeständnisse gemacht hätte. Nicht minder wichtig aber ist es, daß die Vereinigten Staaten neuerdings gegen den Imperialismus Sonnino'scher Farbe Bedenken und Mißstimmung zeigen. Es ist allgemein bekannt, wie zahlreich die slawischen Kolonien in den Vereinigten Staaten sind und ihr Einfluß scheint während des Krieges, wo der der germanischen Einwanderer erstickt ist, noch gestiegen zu sein. Bisher hatte die italienische Presse es immer dem Mangel an geschickter Propaganda zugeschrieben, daß Italien und die italienische Front von den Amerikanern nicht so bedacht wurden wie Frankreich und die französische Front. Neuerdings aber scheint man Informationen erhalten zu haben, daß Wilson die italienischen Kriegsziele nicht mit den von ihm aufgestellten Grundsätzen für vereinbar hält und deshalb keineswegs gesonnen ist, auf der künftigen Friedenskonferenz für die Durchführung des Londoner Vertrages einzutreten. Der Opposition kommt daher Sonnino mit seinem eigensinnigen Festhalten — um ein Bild aus Tolstois „Krieg und Frieden" zu gebrauchen — wie ein Affe vor, der mit der Faust aus einem Krug eine Hand voll Nüsse holen will, aber nicht durch den engen Hals kommt und lieber zu Grunde geht, als die Beute fahren läßt.

Die Kohlennot in Italien.

Bern, 23. Aug. (W. B.) Galli, der Vorsitzende der italienischen Kohlenkommission in London, hat dem Vertreter der „Times" am 18. August erklärt: „Von allen Großmächten geht es Italien bezüglich der Kohle am schlechtesten. Italien besitzt keine Kohlengruben, der Krieg aber hat Italien aus einem ackerbautreibenden zu einem industriellen Lande gemacht. Die Munitionswerke und Eisenbahnen brauchen enorme Kohlenmengen. In England hat man keine Vorstellung von Italiens Kohlennot. Eine Rationierung besteht nicht, da die Kohlenhändler längst das Geschäft eingestellt haben und fast die gesamte Kohleneinfuhr an die Eisenbahnen und Munitionswerke geht. Die geringen Ueberschüsse werden durch das Kohlenkomissariat verteilt, meist an die Industrien, deren Erhaltung im nationalen Interesse liegt. Unlängst kaufte das Ministerium in einem Monat für die Eisenbahnen 50 000 Tonnen Olivenholz. Sie wissen, was der Oelbaum für Italien bedeutet, aber wir müssen ihn zur Verfeuerung abschlagen. Viele prachtvolle Haine sind verwüstet, aber alles Holz und alle Kohle, die wir erlangen können, reicht nicht annähernd aus. Es ist heute nichts Ungewöhnliches, Eisenbahnzüge auf freiem Felde anhalten und auf Kohle warten zu sehen. Das englische Volk denkt, daß Italien das Land des ewigen Sonnenscheins ist, aber in Norditalien, hinter der Frontlinie, ist der Winter rauher als in England. Die Leiden der Verwundeten und der Kranken sind dort furchtbar. Im vorigen Winter waren die Hospitäler ohne Kohlen. In ganz Italien gibt es nur in acht der größten Städte Gas und nur zwei bis drei Stunden täglich Petroleum. Kerzen sind schwer erhältlich und viel zu teuer für die niederen Volksklassen, die nach Sonnenuntergang im Dunkeln sitzen."

Die „Times" unterstreicht die Ausführungen Gallis in einem Leitartikel, in welchem die Zeitung zugibt, daß der gegenwärtige und der bevorstehende Kohlenmangel die schwerwiegendste Frage nicht nur für England, sondern auch für seine Bundesgenossen ist. Die Schuld für die schwierige Lage liege sowohl bei den Grubenarbeitern und den Grubenbesitzern als auch bei der Regierung. Das Blatt fordert klare Erklärungen über die Lage und größere Anstrengungen der Grubenarbeiter, die stärksten Beschränkungen des Verbrauchs und die Verwendung von Holz und Torf.

Amerika.

Das Militärflugwesen.

Washington, 22. Aug. (W. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die militärische Unterkommission des Senats vollendete die Untersuchung über die Herstellung von Flugzeugen. Der Bericht erwähnt die große Verbesserung im Flugzeugprogramm. Er tadelt die Verzögerungen im Anfange des Krieges und empfiehlt besonders ein Ressort für das Flugwesen unter einem neuen Beamten des Kabinetts. Diese Untersuchung ist zu unterscheiden von der, die Hughes unter der Leitung Wilsons führt, deren Bericht bald zu erwarten ist.

Amtliche Kriegsberichte der Gegner.

(Privat-Telegramme der „Frankfurter Zeitung".)

Englischer Bericht vom 23. August, nachmittags: Fast auf der ganzen Front zwischen Lihons, südlich der Somme und Cojeul wird weitergekämpft. Man meldet, daß unsere Truppen an einigen Orten weiter fortschreiten. Während der Nacht griff der Feind zweimal unsere Stellungen in der Umgegend des Gehöftes Baillecourt, östlich von Beaumont, an. An der Lysfront trugen wir unsere Linien östlich von Le Tours, nordöstlich von Neuf-Berquin und östlich von Outtersteene ein wenig vor. Ein örtlicher Angriff nordwestlich von Bailleul brach vor unseren Stellungen zusammen.

Italienischer Bericht vom 23. August: Im Brentatal bemächtigten sich unsere Infanterieabteilungen in überraschendem Angriff am frühen Morgen der Ortschaft Rivalta. Andere Abteilungen besetzten darauf unter tatkräftiger Unterstützung der Artillerie nach erbittertem Widerstande des Feindes Sasso Stefani, wobei sie 58 Gefangene, darunter einen Offizier, machten. In der Gegend nördlich des Col del Rosso wurden zwei feindliche Vorstöße in unserem Feuer rasch zurückgehalten.

Albanien: Heute in der Morgenfrühe griff der Feind unsere vorgeschobenen Linien am unteren Semeni bei Mali Tomorices an. Auf dem linken Flügel (unterer Semeni) wurde er abgewiesen. Im Zentrum (südlich von Jagodina) gelang es ihm zuerst, ein wenig vorzurücken, aber später wurde er abgewiesen. Auf dem rechten Flügel (westlich des Punktes 1152) zwang er einen unserer vorgeschobenen Posten zum Zurückweichen. Wiederholte feindliche Angriffe während des Tages wurden jedesmal abgewiesen. Etwa 60 Gefangene blieben in unserer Hand.

*

□ **Basel**, 24. August. (Priv.-Tel.) Die feindlichen Abendberichte sind heute morgen in der Schweiz aus unbekannten Gründen ausgeblieben.

Zum Luftangriff auf Frankfurt.

y **Genf**, 24. Aug. (Priv.-Tel.) Mitteilung der britischen Admiralität vom 23. August: Trotz der bedeutenden Verteidigungsmaßregeln, die der Feind ergriffen hat, gelang uns in der Nacht vom 21. auf den 22. August ein Angriff auf Frankfurt am Main, Köln und Trier. Ausgezeichnete Ergebnisse wurden in den Bahnhöfen und Kasernen beobachtet. Vier feindliche Flugzeuge wurden heftig beschossen. Eines unserer Flugzeuge fehlt seit dieser Expedition.

*

Unsere Frankfurter Leser wissen aus eigener Kenntnis, wie weit der letzte englische Luftangriff davon entfernt war, Bahnhöfe oder Kasernen zu treffen. Wir dürfen daraus wohl den Schluß ziehen, daß die englischen „Beobachtungen" über das Angriffsergebnis auf andere deutsche Städte ebensoweit von der Wahrheit entfernt sind. Wenn wir uns der Erfahrung des vorhergehenden Ueberfalles erinnern, wo die Engländer Wirkung auf chemische Fabriken und Flugzeugwerkstätten „beobachtet" haben wollen, während ihre Bomben in Straßen niederfielen, in deren weitestem Umkreis auch nicht die Spur solcher industrieller Betriebe sich findet, dann ergibt sich ein überzeugendes Bild von der Unzuverlässigkeit englischer Fliegerberichte. D. Red.

Der Bundesrat als Gesetzgeber.

Das bekannte Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 gibt dem Bundesrat die Vollmacht, „während der Dauer des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuwenden, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen." Der unverkennbare Mißbrauch, den der Bundesrat mit dieser Vollmacht getrieben hat, indem er auf dieser Rechtsgrundlage im Wege der Verordnung des öfteren einschneidende, die Verhältnisse in wichtigen Teilen unseres Wirtschaftslebens auf Jahre hinaus festlegende Gesetze unter Beiseiteschiebung des Reichstages erlassen und im Laufe der vier Kriegsjahre fast die gesamte wirtschaftliche Gesetzgebung an sich gerissen hat, hat an dieser Stelle wiederholt die nachdrücklichste Zurückweisung erfahren. Auch der Reichstag hat mehrfach dagegen Verwahrung eingelegt, aber nur zum Teil mit Erfolg. Der Bundesrat ist sogar neuerdings auf diesem Wege, unbekümmert um alle Einsprüche, noch einen Schritt weiter gegangen, indem er das Ermächtigungsgesetz auf Gebiete überträgt, die auch die weitherzigste Auslegung nicht mehr unter die zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen erforderlichen Maßnahmen wird rechnen können. Er hat es in jüngster Zeit in zwei Fällen für gut befunden, an Gesetzen, die erst vor wenigen Wochen vom Reichstag beschlossen und erlassen worden sind, Korrekturen von nicht unerheblicher Tragweite vorzunehmen, ein Verfahren, das, in seinen letzten Konsequenzen verfolgt, schließlich dahin führen müßte, daß der Bundesrat in der Lage wäre, Beschlüsse des Reichstags nach eigenem Gutdünken auf dem Verordnungswege zu beseitigen oder außer Kraft zu setzen.

Das erst am 26. Juni veröffentlichte Biersteuergesetz sieht, je nachdem es sich um Einfach-, Voll- oder Starkbier handelt, drei verschieden hohe Steuersätze vor. Die für Vollbier zu zahlende Grundgebühr, deren Satz je nach der Höhe der Produktion zwischen Mk. 10 und Mk 12.50 gestaffelt ist, erhöht sich für Starkbier um die Hälfte und wird für Einfachbier um den gleichen Betrag ermäßigt. Der Reichstag hatte es von vornherein ausdrücklich abgelehnt, dem Bundesrat, wie es im Regierungsentwurf ursprünglich vorgesehen war, die Ermächtigung zu erteilen, nach seinem Ermessen die Grenzen für die drei Steuerkategorien festzusetzen. Er hat diese vielmehr selbst im § 3 Absatz 2 des Gesetzes dahin festgelegt, daß als Einfachbier im Sinne des Gesetzes Bier mit einem Stammwürzgehalt bis zu 4,5 pCt., als Vollbier ein solches mit einem Gehalt von 8 bis 13 pCt., als Starkbier solches mit einem über 13 pCt. hinausgehenden Stammwürzgehalt anzusehen ist. In dieser Bestimmung findet sich nun offenbar eine Lücke, indem zwar für Biere bis zu 4,5 und für solche mit über 8 pCt. Stammwürzgehalt die Steuersätze ausdrücklich festgelegt sind, von den dazwischen liegenden Stufen aber überhaupt nicht die Rede ist. Nach dem Wortlaut des Gesetzes konnte es also wohl zweifelhaft erscheinen, ob Biere dieser Art zu dem vollen oder dem ermäßigten Satz zur Steuer heranzuziehen sind. Diese Frage ist von um so einschneidenderer Bedeutung, als das zur Zeit gebraute Kriegsbier fast restlos in diese Kategorie fällt. Wieso diese Lücke im Gesetz entstanden ist, läßt sich aus den über die Beratung der Steuer im Reichstagsausschuß herausgegebenen amtlichen Berichten nicht erkennen. Die Bestimmung im § 3 Absatz 2 wurde auf Grund eines von mehreren Abgeordneten gestellten Antrages in der zweiten Ausschußlesung ohne Debatte angenommen und dann unverändert vom Plenum des Reichstages in das Gesetz übernommen. Fehlt es hier also zwar an einer klaren und unzweideutigen Festlegung im Gesetz selbst, so läßt sich doch unschwer die wirkliche Absicht des Gesetzgebers aus dem Verlaufe der der Annahme des Gesetzentwurfs vorausgehenden Besprechung erkennen. Die überwiegende Mehrzahl der Redner hat sich dagegen ausgesprochen, daß das zur Zeit gebraute dünne Kriegsbier den vollen Steuersatz tragen soll und der Forderung Ausdruck gegeben, daß das gegenwärtig zum Ausschank kommende Bier nur zu dem ermäßigten Satz für Einfachbier herangezogen werde. Entgegen dieser ausdrücklichen Willenskundgebung des Reichstags hat nun der Bundesrat durch eine vom 8. August datierte Verordnung bestimmt, daß bis auf weiteres als Vollbier im Sinne des § 3 Abs. 2 des Gesetzes Bier mit einem Stammwürzgehalt von 4,5 bis 13 Prozent zu gelten hat. Der Begriff des Vollbieres wird dadurch gegenüber den Vorschriften des Gesetzes wesentlich erweitert, was in der Praxis auf eine ganz erhebliche Verschärfung der Steuer hinausläuft, und die weitere Folge davon ist, daß auch Kriegsbier künftig zu dem vollen Satz versteuert werden muß. Die Gründe, die den Bundesrat zum Erlaß dieser Verordnung bestimmt haben, liegen auf der Hand. Er fürchtete offenbar, daß infolge der außergewöhnlichen Kriegsverhältnisse der Ertrag der Brausteuer hinter den Erwartungen zurückbleiben werde und hat deshalb einen großen Teil des Bieres, das nach dem Gesetz bezw. der ausdrücklichen Willenskundgebung des Reichstages als Einfachbier anzusehen war, zum Vollbier erhoben. Zu einem solchen Vorgehen fehlt ihm jede verfassungsrechtliche Handhabe. Auch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 bietet sie nicht, da es nur von Maßnahmen zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigung spricht. Eine solche liegt hier aber nicht vor, denn die fiskalischen Interessen — und lediglich darum handelt es sich hier — sind noch lange nicht gleichbedeutend mit denen des Wirtschaftslebens.

Nicht weniger bedenklich ist der zweite Fall bundesrätlicher Kompetenzüberschreitung. Er betrifft das neue Umsatzsteuergesetz. Hier hat der Bundesrat eine vom Reichstage aus dem Gesetz gestrichene Vorschrift auf dem Umwege über die Ausführungsbestimmungen wieder hergestellt. Der Gesetzentwurf hatte im § 17 Abs. 2 vorgesehen, daß zum Zwecke der Nachprüfung von Steuererklärungen die Angestellten des Steuerpflichtigen den Steuerstellen gegenüber zur Erteilung von Auskünften verpflichtet sein sollten. Der Reichstag hatte diese Bestimmung mit dem Hinweis darauf, daß sie dem Denunziantentum Vorschub leiste, abgelehnt. In den vor kurzem vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen nun heißt es wörtlich: „Für die Prüfung der Steuererklärungen kommen insbesondere in Betracht: 6. die uneidliche Anhörung von Zeugen und Sachverständigen, insbesondere von Angestellten".

Sache des Reichstags wird es sein, gegen diese Ueberschreitung der bundesrätlichen Kompetenz und den Uebergriff in seine eigenen verfassungsmäßigen Rechte sich zu verwahren. Er hat die Möglichkeit, die unverzügliche Aufhebung dieser beiden Bundesratsverordnungen zu bewirken. Das allein wird aber nicht genügen. Vielmehr kann gegen die Wiederholung derartiger Vorfälle nur die längst geforderte und immer dringender geboten erscheinende Revision des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 schützen.

Die Nachversteuerung von Wein.

N **Berlin**, 23. Aug. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat hat am 12. August die Wein-Nachsteuerordnung erlassen. Darin heißt es:

§ 1.

Gemäß § 45 des Weinsteuergesetzes vom 1. August 1918 unterliegen der Nachsteuer: 1. Wein und Traubenmost, 2. dem Weine ähnliche Getränke, 3. Getränke, die Wein oder dem Weine ähnliche Getränke enthalten, 4. entgeisteter Wein und entgeistete, dem Weine ähnliche Getränke, sofern sie sich am 1. September 1918 im Besitze eines Verbrauchers befinden oder sofern sie vor diesem Zeitpunkt bereits an einen Verbraucher abgesendet, aber noch nicht in dessen Hand gelangt sind.

§ 3.

Die Nachsteuer beträgt 50 Pfennig für das Liter oder die ganze Flasche für halbe und kleinere als halbe Flaschen 25 Pfg. Kann der Verbraucher nachweisen, daß die Weinsteuer nach dem Wert der Getränke auf einen geringeren Betrag zu berechnen wäre, so wird dieser Betrag als Nachsteuer erhoben.

Traubenweine und Traubenmoste der Jahrgänge 1915, 1916 und 1917 sind von der Anwendung der Bestimmung in Abs. 1 ausgeschlossen und unterliegen der Nachsteuer in den Beträgen, die sich für sie auf Grund des nachzuweisenden Wertes als Weinsteuer nach den Vorschriften des Gesetzes ergibt. Bei der Berechnung der Nachsteuer wird derjenige Betrag abgezogen, der nachweislich von denselben Getränken vor dem Inkrafttreten des Gesetzes als Landesweinsteuer erhoben worden ist.

§ 4.

Von der Nachsteuer bleiben befreit:

1. von den einem Verbraucher gehörigen Getränken, die nicht zu den Traubenweinen und Traubenmosten der Jahrgänge 1915, 1916, 1917 gehören, eine Gesamtmenge von 24 Litern oder 30 ganzen (60 halben oder kleineren als halben) Flaschen. Bewahren mehrere Verbraucher Getränke gemeinsam auf, so darf die steuerfrei bleibende Menge von 24 Litern oder 30 ganzen Flaschen usw. nur an der Gesamtmenge der gemeinsam aufbewahrten Getränke abgerechnet werden. Traubenweine und Traubenmoste der Jahrgänge 1915, 1916 und 1917 müssen ohne Rücksicht auf ihre Menge oder die Größe des Gesamtvorrats des Verbrauchers stets in vollem Umfang versteuert werden.

2. der von einem Verbraucher aus selbst gewonnenen Trauben oder aus selbst gewonnenen und zugekauften Trauben oder aus selbst gewonnenen Trauben und zugekaufter Traubenmaische hergestellte Traubenmost oder Traubenwein, der zum Verbrauch im eigenen Haushalt oder zur Verabreichung an die landwirtschaftlichen Arbeiter des eigenen Betriebes bestimmt ist und nicht in verschlossenen Flaschen dem Verbrauch zugeführt werden soll.

3. die von einem Verbraucher gekelterten, dem Weine ähnlichen Getränke, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt oder zur Verabreichung an die landwirtschaftlichen Arbeiter des eigenen Betriebes bestimmt sind und nicht in verschlossenen Flaschen dem Verbrauch zugeführt werden sollen.

4. Getränke, die Hersteller vom Schaumwein, Essig und Branntwein in ihren Betrieben zur Herstellung dieser Erzeugnisse verwenden.

5. Getränke, die von wissenschaftlichen Anstalten zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden.

6. Getränke zu amtlichen Untersuchungen.

7. Wein zu gottesdienstlichen Zwecken.

Wird die Befreiung von der Nachsteuer auf Grund der Ziffern 4 und 5 beansprucht, so ist ein Bezugsausweis (Muster 10 der Weinsteuerausführungsbestimmungen) vorzulegen.

§ 5.

Wer als Verbraucher am 1. September 1918 ihm gehörige Getränke in Gewahrsam hat oder durch andere verwahren läßt, muß sie spätestens am 7. September 1918 bei der Hebestelle seines Bezirks unter Angabe der Art, Bezeichnung — bei Traubenwein der Jahrgänge 1915, 1916, 1917 auch des Jahrgangs, der Menge und des Wertes für das Liter oder die Flasche — anmelden. Anmeldepflichtig sind nicht Verbraucher, denen lediglich Wein gehört, der nach § 4 Abs. 1 Ziffer 1 nachsteuerfrei ist. Gehört ihnen außerdem noch steuerpflichtiger Wein, so haben sie ihren gesamten Weinvorrat anzumelden. Verwahrt der Verbraucher die Getränke nicht selbst, so hat er außerdem noch den Namen, Stand und Wohnort des Verwahrers der Getränke in der Anmeldung einzutragen.

Der Verwahrer ist verpflichtet, die Getränke, die er am 1. September 1918 für Verbraucher verwahrt der Hebestelle seines Bezirks spätestens bis zum 7. September 1918 nach Art, Bezeichnung und Menge getrennt nach den einzelnen mit Namen, Stand und Wohnort aufzuführenden Verbrauchern ausnahmslos anzumelden.

Getränke, die sich am 1. September 1918 unterwegs befinden, sind nach der Bestimmung in Abs. 1 anzumelden, sobald sie in den Gewahrsam des Verbrauchers oder Verwahrers gelangt sind.

Zur Anmeldung sind vom Verbraucher Vordrucke nach Muster a, vom Verwahrer Vordrucke nach Muster b zu benutzen, die von der Hebestelle kostenlos zu beziehen sind, soweit nicht Zustellung erfolgt.

§ 6.

Die Hebestelle setzt auf den Anmeldungen — Muster a — unverzüglich den Betrag der Nachsteuer fest und teilt ihn dem Zahlungspflichtigen zugleich mit der Aufforderung zur Zahlung mit. Die Mitteilung erfolgt schriftlich unter Benutzung eines Vordrucks nach Muster d.

§ 7.

Der Zahlungspflichtige hat den mitgeteilten Betrag innerhalb 14 Tagen nach Empfang der Zahlungsaufforderung einzuzahlen. Die Nachsteuer kann nach Maßgabe der §§ 77 bis 79 der Weinsteuerausführungsbestimmungen auf 3 Monate gegen Sicherheitsleistung gestundet werden.

Die Steuerzuschläge in Baden.

D **Karlsruhe**, 24. Aug. (Priv.-Tel.) Die beiden Kammern des badischen Landtags haben den neuen Gesetzen über die erhöhten Zuschläge zur Einkommensteuer und über die Biersteuer zugestimmt. Bei dem neuen Einkommensteuergesetz wurden die Vorschläge der Regierung nicht in allen Punkten angenommen. Man einigte sich dahin, Einkommen bis zu 2400 Mark von den Zuschlägen freizulassen, von 2400 bis 4200 Mark einen Zuschlag von nur 5 Prozent (nicht 10 Prozent, wie es der Regierungsentwurf vorsah) zu erheben und dann, den Wünschen des Finanzministers entsprechend, von 4200 bis 6000 Mark einen Zuschlag von 10 Proz., bis 8000 Mark 15 Proz., bis 10 000 Mark 20 Prozent, bis 20 000 Mark 25 Prozent, bis 40 000 Mark 30, bis 60 000 Mark 35, bis 80 000 Mk. 40, bis 100 000 Mk. 45 Proz., bis 125 000 Mk. 50 und bis 150 000 Mark 55 Prozent zu erheben. Für Einkommen von 150 000 Mark erhöhte die Zweite Kammer den Zuschlag von 60 auf 65 Prozent. Der Ertrag aus dem neuen Biersteuergesetz wird auf jährlich 22 Millionen Mark berechnet, mit einem Reinertrag von 19,8 Millionen gegen 12,2 Millionen im Frieden. Von dem Gesamtertrag gehen 11½ Millionen an das Reich. Nach einem von der Zweiten Kammer fast einstimmig angenommenen Beschluß, der auch in der Ersten Kammer Zustimmung fand, wird das neue Biersteuergesetz erst am 1. April 1919 und nicht, wie von der Regierung vorgesehen, am 1. Oktober 1918 in Kraft treten. Die Sozialdemokraten stimmten gegen das Biersteuergesetz. Nach Verabschiedung dieser Gesetze hatten die Landtagsarbeiten 1917/18 ihr Ende erreicht. Der Landtag wurde geschlossen.

Vermischte Nachrichten.

O **Dresden**, 23. August. Der parlamentarische Ernährungsbeirat des Lebensmittelamts hat in seiner heutigen Sitzung die Zurücksetzung Sachsens und die Bevorzugung Berlins bei der Versorgung scharf verurteilt.

München, 23. Aug. (W. B.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die von einem Berliner Blatt gebrachte Meldung, daß der bayerische Kronprinz Rupprecht sich mit der Tochter des Erzherzogs Friedrich verloben werde, entspricht nicht den Tatsachen. An hiesigen zuständigen Stellen ist von einer solchen Verlobung nichts bekannt.

Madrid, 23. Aug. (W. B.) Blättermeldungen zufolge hat der Unterrichtsminister Alba bei einem gestern in der Nähe von Santander erfolgten Automobilunfall einen doppelten Armbruch sowie andere leichte Verletzungen erlitten.

□ **Basel**, 24. August. (Priv.-Tel.) Wie Havas mitteilt, herrscht in Frankreich seit vorgestern bei Südwind eine starke Hitze, die gestern in Paris an einzelnen Orten im Schatten 33 Grad Celsius erreichte. Man meldet jedoch wenig Fälle von Sonnenstich.

Frankfurter Angelegenheiten.

= **Gasthausmarken.** In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich das Lebensmittelamt mit den Gasthausmarken. Einem Antrag auf Aufhebung der Gasthausmarken wurde nicht zugestimmt. Dagegen soll eine Erleichterung in der Anrechnung der Lebensmittelkarten auf die Gasthausmarken eintreten. Zur leichteren Kontrolle sollen künftig drei Sorten von Gasthausmarken ausgegeben werden: A) für die einheimische Bevölkerung, B) für Hotelgäste, C) für auswärtige Angestellte und Arbeiter, die hier regelmäßig beschäftigt sind. Die Marke A soll unbeschränkte Gültigkeit haben, die Marken B und C sollen dagegen nur für den Lösungsmonat und den folgenden Monat gelten. Die jetzt im Umlauf befindlichen Gasthausmarken verlieren mit Ende des Kalenderjahres ihre Gültigkeit.

= **Vom Lebensmittelmarkt.** Von Montag ab kostet das Pfund Frühkartoffeln im Kleinhandel 14 Pfg. — Von den städtischen Eiersammelstellen werden, ab Montag, den Hühnerhaltern für das Ei 45 Pfg., einschließlich Bringerlohn, gezahlt. — Der neuen Fett- und Brotaufstrichkarte sind die Abschnitte für Käse angehängt. Künftig wird der Käse in den Butterabgabestellen verkauft und ist folglich dort anzumelden. — In der nächsten Woche werden auf Abschnitt 7 der Kartoffelkarte am Dienstag zwei Pfund, auf Abschnitt 8 am Mittwoch zwei Pfund und auf Abschnitt 9 am Freitag drei Pfund Kartoffeln für die Person ausgegeben. Die Anstalten und Wirte erhalten den Rest ihres Bedarfs für August.

= **Vom Tage.** Die meldepflichtigen gewerblichen Betriebe können die Kohlenmeldekarten für September wie bisher bei der Kohlen-Ausgleichstelle der Handelskammer, Zimmer 47, bis spätestens 5. September abholen. — Kinder, die vom nächsten Monat an an der Schulspeisung teilnehmen sollen, können bis zum 1. September im Rathaus, Bethmannstraße 3, III. Stock, Zimmer 351, von 9 bis 12 und 3 bis 5½ Uhr, Samstags von 9 bis 1 Uhr angemeldet werden. Kinder aus den Vororten können in den dortigen Küchen eingeschrieben werden. Bei der Anmeldung sind für die Monatskarte 2,50 Mark zu entrichten, der Nährmittelschein für September ist abzugeben.

Spielplan der Frankfurter Theater.

	Opernhaus.	Schauspielhaus.	Neues Theater.
Sonntag 25. August	6 Uhr. Die Walküre.	3½ Uhr. Jugend. Kein Kartenverk. 7½ Uhr. Zwischenspiel	3½ Uhr. Familie Hannemann. 8 U. Die spanische Fliege. Gew. Pr.
Montag 26. August	7½ Uhr. Das Glöckchen des Eremiten. Kein Kartenverk.	7½ Uhr. Schneider Wibbel.	8 Uhr. Familie Hannemann.
Dienstag 27. August	7½ Die Entführung aus dem Serail.	7½ Uhr. Im weißen Rößl.	8 Uhr. Zum 1. Male: Die Haubenlerche.
Mittwoch 28. August	7½ Uhr. Die Rose von Stambul.	6½ Uhr. Egmont.	8 U. Die spanische Fliege. 7. Serienv.
Donnerstag 29. August	7 Uhr. Der Prophet.	7½ Uhr. Die Journalisten.	8 Uhr. Die Haubenlerche. 7. Serienv.
Freitag 30. August	7½ Uhr. Violetta.	7½ Uhr. Zwischenspiel.	8 Uhr. Familie Hannemann.
Samstag 31. August	7½ Uhr. Die toten Augen.	7½ Uhr. Stella.	8 Uhr. Die Haubenlerche. Gew. Pr.
Sonntag 1. Sept.	7 Uhr. Der Prophet.	3½ U. Traumulus. 7½ Uhr. Im weißen Rößl.	3½ Uhr. Die spanische Fliege. 8 U. Die Haubenlerche.

Frankfurter Handelsblatt.

Wiedergabe und drahtliche Verbreitung der Artikel mit * und der Privatdepeschen nur mit genauer Quellenangabe „Frkf. Ztg." gestattet.

* Mehr Postscheckämter!

Die Notwendigkeit, den bargeldlosen Verkehr zu pflegen, hat neuerdings umfangreiche Organisationen durch die Reichsbank hervorgerufen. Je gründlicher sich diese Organisationen mit den verschiedenen Wegen und Möglichkeiten der Pflege des Zahlungsverkehrs befassen, desto schneller werden sie zu der Erkenntnis kommen, daß der Klein- und Mittelverkehr am besten und billigsten durch den Ausbau des Postschecknetzes vor sich geht — zum mindesten in der Stadt. Bemerkenswert ist es, daß auch das Reichsbank-Direktorium neuerdings diesen Standpunkt einnimmt (siehe dessen Schreiben im 1. Morgenbl. vom 20. d. M.). Unter den vielen Vorteilen, welche die Postscheckeinrichtungen mit sich bringen, gehört auch die Möglichkeit, die Postscheckämter für die Stadt, in der sie sich befinden, zu förmlichen örtlichen Abrechnungsstellen auszubauen. Und es ist keineswegs eine Utopie, daß in Postscheckstädten wie Frankfurt sich das Scheckamt sehr bald zu einer ähnlichen Bedeutung auswächst wie der altehrwürdige Hamburger Abrechnungsverkehr für die große Hansastadt. Nur mit dem Unterschied, daß das Postscheckamt noch billiger und einfacher arbeiten kann als der Hamburger Abrechnungsverkehr; denn dort stehen drei Instanzen zwischen dem Zahlenden und dem Empfänger, bei der Post nur eine einzige. Gerade das Beispiel von Frankfurt zeigt darum die hier gegebenen Möglichkeiten, weil hier von den Einrichtungen des Postscheckwesens ein unvergleichlich größerer Gebrauch gemacht wird, als in irgend einer andern deutschen Stadt. Es entfielen nämlich Anfang Juli in den Postscheckstädten, nach der Volkszählung von 1910:

auf 1000 Einwohner Teilnehmer am Postscheckverkehr:

Frankfurt/M.	18	Stuttgart	14	Karlsruhe	12	Köln	12
Hannover	11	Nürnberg	10	Leipzig	10	München	9
Breslau	9	Königsberg	9	Großberlin	8	Danzig	7
Hamburg	7	Ludwigshafen	6				

Wir sehen also, wie Frankfurt bei weitem die andern Postscheckstädte übertrifft. Das mag sich teils aus dem Verständnis der Bevölkerung, teils aus der hier besonders energisch betriebenen Aufklärungsarbeit erklären. Auf jeden Fall bleibt die Tatsache bestehen, daß die Stadt Frankfurt am Main heute schon fast 8000 Teilnehmer am Postscheckverkehr zählt, und daß bei dem wachsenden Verständnis und der lebhaften Agitation des neugegründeten Provinzialausschusses für den bargeldlosen Verkehr in absehbarer Zeit die Zahl der Platzanschlüsse auf 10,000 angewachsen sein wird. Das wird dann die Möglichkeit geben, einen sehr erheblichen Teil der bedeutenden Lokalumsätze bargeldlos auf dem Postscheckamt auszugleichen, also eine ideale Lösung. Ganz ähnlich wird es bei geeigneter Aufklärung in den andern Postscheckstädten werden. Leider handelt es sich hier nur um 14 Plätze. Nun besitzt Deutschland, von den Klein- und Mittelstädten ganz zu schweigen, etwa 50 Orte mit über 100,000 Einwohnern. Soweit diese kein Postscheckamt am Platze haben, werden sie sich unvergleichlich schwerer entschließen, ihren lokalen Geldverkehr durch Postschecküberweisungen auszugleichen. Es wird, um ein Beispiel zu geben, u. U. einem Wiesbadener Privatmann gegen den Strich gehen, einem Buchhändler, der einige Häuser von ihm entfernt sein Geschäft hat, mit einer Ueberweisung über Frankfurt zu zahlen. Dieses Bedenken war namentlich sehr stark, so lange die Sendungen an die Scheckämter frankiert werden mußten, was die Postverwaltung gerade mit Rücksicht auf derartige Plätze jetzt geändert hat. Tatsache ist auf jeden Fall, daß die Städte mit Postscheckämtern ganz unleugbar unverhältnismäßig mehr Teilnehmer zählen, als jene ohne diese Einrichtung. Dafür einige Beispiele:

Es entfallen Teilnehmer auf 1000 Einwohner im Postscheckamt:

Frankfurt		Köln		Leipzig		Karlsruhe	
Frankfurt	18	Köln	12	Leipzig	10	Karlsruhe	12
Mainz	9	Düsseldorf	7	Dresden	8	Straßburg	7
Wiesbaden	7	Elberfeld	6	Halle	6		
Kassel	6	Aachen	5	Chemnitz	6		
		Dortmund	4	Plauen	5		
		Essen	3				
München		**Nürnberg**		**Hannover**		**Breslau**	
München	9	Nürnberg	10	Hannover	11	Breslau	9
Augsburg	6	Würzburg	7	Braunschweig	5	Posen	[illegible]

Es ist hier in allen Bezirken ein starker Unterschied zu Ungunsten der Städte ohne eigenes Scheckamt unverkennbar. Man vergleiche etwa Leipzig mit 10 ‰ gegen Dresden mit 8 ‰, Karlsruhe mit 12 ‰ gegen Straßburg mit nur 7 ‰, München mit 9 ‰ gegen Augsburg mit 6 ‰ usw. Wie außerordentlich ein eigenes Scheckamt zum Beitritt reizt, ergibt sich aus dem Beispiel von Königsberg; dort bestanden am 1. Januar 1916 erst 460 Anschlüsse; in der Zwischenzeit ist daselbst ein Scheckamt errichtet worden mit dem Erfolge, daß dort Anfang v. M. 2100 Teilnehmer gezählt wurden, also annähernd eine Verfünffachung der Kontenzahl!

Unter diesen Umständen ist die Forderung nach einer Vermehrung der Scheckämter aus den benachteiligten Städten begreiflich. Welche Gründe sprechen nun gegen diesen Wunsch und sind diese Gründe stichhaltig? Im allgemeinen sind zwei Systeme für das Postscheckwesen denkbar: die straffe Zentralisation und die weitgehende Dezentralisation. Das erste System finden wir in Oesterreich und Ungarn mit nur je einem Amt in Wien und Budapest. Der große Vorteil dieser Zentralisation besteht darin, daß jede Ueberweisung nur an einer einzigen Stelle gebucht werden muß, sodaß neben Arbeit auch Zeit erspart wird. Umgekehrt ist das Schweizer System; man hat trotz jenes Bedenkens für das kleine Land eine sehr große Zahl von Scheckämtern errichtet, nebenbei bemerkt, damit recht gute Erfahrungen gemacht. In Deutschland nun hat man einen Mittelweg eingeschlagen: man errichtete zunächst 13, später 14 Stellen und zwar für jedes mehr oder weniger selbstständige Wirtschaftsgebiet eins. Die Vermehrung wird nun in Deutschland mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch statt einer Beschleunigung eine Verlangsamung des Verkehrs eintreten werde. Als Beispiel wird folgendes angeführt: Wenn heute aus einem Orte bei Kassel nach einem Orte bei Wiesbaden eine Ueberweisung zu machen ist, so ist diese morgen in Frankfurt, wo sie dem Empfänger gutgeschrieben wird und übermorgen hat der in Wiesbaden wohnende seine Gutschriftsanzeige und kann weiterverfügen. Würden aber Kassel und Wiesbaden eigene Postscheckämter haben, so würde dadurch die Erledigung zum mindesten um einen Tag verzögert werden. Morgen wäre die Ueberweisung in Kassel, wo die Belastung erfolgte, übermorgen erst in Wiesbaden, wo die Gutschrift vorgenommen würde und erst nach einem weiteren Tage wäre der Geldempfänger im Besitze der Gutschriftsanzeige. Es läßt sich nicht bestreiten, daß jene Argumentation etwas Richtiges enthält. Aber ganz abgesehen davon, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die gegenwärtige Einteilung gerade die zweckmäßigste ist, da noch weitere ziemlich geschlossene Wirtschaftsgebiete, wie etwa die Reichslande oder Thüringen, ohne eigenes Scheckamt sind, ließen sich jene Bedenken wohl wie folgt wegräumen: Man errichte in großen Städten, wie Dresden, Düsseldorf, Bremen, Straßburg usw. eigene Scheckämter, die zunächst nur die an jenen Orten selbst wohnenden Teilnehmer umfassen. Man wird damit sofort — geeignete Aufklärung vorausgesetzt — eine ganz gewaltige Belebung des Postscheckverkehrs erreichen. Es müßte z. B. ein leichtes sein, in einer so lebhaften Handelsstadt wie Bremen, wo heute nur 1100 Anschlüsse bestehen, deren 5000 zu gewinnen. Dann wäre vor allem eine jener Abrechnungszentralen für den lokalen Verkehr geschaffen, wie wir sie brauchen. Soweit der Verkehr in der betreffenden Stadt in Frage kommt, tritt dadurch selbstverständlich keinerlei Mehrarbeit, sondern das Gegenteil ein; für die Bremer ist eine außerordentliche Beschleunigung bewirkt. Bei dem Verkehr mit auswärts wird man zu unterscheiden haben zwischen dem im seitherigen Postscheckbezirk Hamburg und mit dem übrigen Teil des Reiches. Der letztere, der vermutlich den größeren Teil ausmacht, wird ebenfalls beschleunigt; denn man kann ja Zahlaufträge noch am selben Tage erledigt bekommen, die früher am Tage vorher zur Post gebracht werden mußten. Bleiben aber die Aufträge im seitherigen Bezirk, so wird allerdings unter Umständen eine Verzögerung eintreten. Diese würde aber nach dem von uns weiter oben gegebenen Beispiel weniger die Bremer selbst treffen, als mehr Orte in der Nähe von Bremen wie etwa Geestemünde und Bremerhaven — vorausgesetzt, daß diese aus ihrem alten Scheckamt (Hamburg) herausgenommen und dem neuen (Bremen) angegliedert würden. Das ist aber gar nicht nötig. Man lasse ruhig die alten Scheckämter in ihrem seitherigen Umfang bestehen und gebe den großen Städten lediglich für ihr Stadtgebiet eigene Scheckämter, die gewissermaßen Enklaven in den alten bilden. Es wären, wenn man so sagen soll, lokale Scheckämter.

gezember den alten Provinzialämtern, die auch in Bezug auf Personal usw. weniger ausgebig als die alten ausgestattet werden müßten. Damit wäre auch das fiskalische Bedenken, daß neue Aemter zu viel kosten, entweise widerlegt, im übrigen würden sich die Mehrkosten schnell bezahlt machen. Wenn dann einzelne Teilnehmer in nahegelegenen Orten also in unserem Beispiel: etwa Bremerhaven sich lieber an Hamburg als an Berlin übertragen lassen wollen, so würde die Post diesem Wunsche natürlich gerne in Weg legen. Sie stellt ja auch heute dem Berliner völlig frei, ob er sich ein Konto in Berlin oder Frankfurt, oder aber an beiden Plätzen errichten lassen will.

Wir glauben, daß der Staatssekretär die Frage wohlwollend prüfen sollte. Man gibt sich jetzt erfreulicherweise so viel Mühe, den bargeldlosen Verkehr zu pflegen, daß man an den wirksamsten Mitteln nicht vorbeigehen darf. Natürlich erfordert und erwartet niemand, daß man heute in allen deutschen Großstädten unverzüglich derartige Aemter errichtet. Dazu sind die Zeitstände wohl kaum günstig genug. Wohl aber könnte doch einmal der Versuch in einigen zwei- bis dreihundert Städten oder aber auch besonders „würdigen" Städten gemacht werden. Was wir unter „würdig" verstehen, liegt wohl auf der Hand: die Postverwaltung sollte einfach erklären, daß sie in jenen Städten neue Scheckämter errichtet, die bis zu einem gewissen Stichtag relativ und absolut die meisten Postscheck-Teilnehmer aufzuweisen haben, wobei man als Mindestforderung beispielsweise an 5000 Abonnenten oder 1 Prozent der Bevölkerung denken könnte. Das hätte auch den großen Vorteil, daß Stadtverwaltungen, Handelskammern u. s. w. noch mehr als bisher sich der unbedingt nötigen Förderung des bargeldlosen Verkehrs widmen würden. Denn daran fehlt es bis heute an vielen Orten, wie ein Blick auf die so außerordentlich ungleiche Verteilung der Teilnehmer beweist. Wenn beispielsweise in mittleren Plätzen wie Bad Homburg auf 1000 Einwohner 15, in Gießen 12 Teilnehmer entfallen, daneben in so großen Plätzen wie Kiel und Essen nur 3, in Lübeck 4 u. s. w., so scheint das darauf hinzudeuten, daß in den erstgenannten Orten die maßgebenden Kreise die nötige Aufklärung gegeben haben, in den zuletzt genannten aber nicht. Und das ist bedauerlich nicht nur im volkswirtschaftlichen, sondern namentlich auch im privatwirtschaftlichen Interesse. Denn mit oder ohne Scheckamt am Platze bietet der Anschluß so viel Vorteile, daß keiner, der sich einmal ein eigenes Konto genommen hat, dessen Vorteile missen möchte.

• **Der Abschluß der van der Zypen-Gesellschaft.** Auch die Ver. Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten A.-G. in Köln-Deutz, die unter der Einwirkung der Kriegskonjunktur ihre Ergebnisse erheblich steigern konnten, die für das Jahr 1917/18 (30. Juni) den Aktionären Gewinnanteile in einem stattlichen Ergebnis aufwarten. Nach der telegraphischen Meldung im II. Morgenblatt bringt sie wieder eine Dividende von 25 pCt. wie in den beiden Vorjahren. Daneben sollen also zum dritten Mal die Rekordausschüttung aufrechterhalten. Dem Unternehmen kann auch diesmal wieder sehr wesentlich zustatten, daß es besonders gut mit Rohmaterialien versorgt ist und daß es selbst bedeutende Mittel durch die Erwerbung eigener Erzgruben sich eine besonders reichliche Versorgung mit Erzen zu verschaffen gewußt hat. Der Rohgewinn, der in 1915/16 einen Sprung auf das Dreifache des Vorjahrsbetrages gemacht hatte, hat sich in den folgenden Geschäftsjahr. 1916/17 aufrecht erhalten hatte, bleibt zwar um etwa ℳ 2 Mill. hinter diesem Ergebnis zurück, doch waren für Abschreibungen etwa ℳ 1 Mill. weniger aufzuwenden. Der Reserve für Kriegssteuern, die in den beiden Vorjahren je ℳ 5 Mill. erhielt, wird der gleiche Betrag zugewiesen. Danach steht der Reingewinn um etwa ℳ 3 Mill. hinter dem Vorjahre zurück. Ueber seine Verwendung ist einstweilen nichts die Dividendenfestsetzung bekannt, die wieder auf 25 pCt. lauten dürfte. Wie erwähnt noch vermerkt werden soll, darüber bleiben die näheren Angaben des Geschäftsberichts abzuwarten.

(30. Juni)	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18
Aktienkapital	17 Mill.	17 Mill.	17 Mill.	17 Mill.
Obligationen	5 225 000	17 226 625	17 394 000	15 946 718
Abschreibungen	1 654 256	3 763 745	5 833 861	4 897 060
Rücklagefür Kriegsver.-St.	—	5 000 000	10 000 000	15 000 000
Reingewinn	4 575 896	8 122 677	8 125 004	5 249 458
Dividende	2 040 000	4 250 000	4 250 000	4 250 000
in Prozenten	12	25	25	25

Der ägyptische Außenhandel zeigt für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres eine Steigerung der Einfuhr auf L. e. 19.86 (11.83) Mill., während die Ausfuhr auf L. e. 21.28 (18.13) Mill. sich erhöhte, so daß also der im Vorj. sehr erhebliche Ausfuhrüberschuß fast ganz verschwunden ist.

• **Erhöhung der Spiegeleisenpreise.** Der Verband bayerischer Spiegeleisenfabriken in Fürth hat infolge der fortgesetzt sich vergrößernden Fabrikations-Schwierigkeiten und der vor kurzem bewilligten erheblichen Teuerungszulagen an die Arbeiter sich veranlaßt gesehen, eine Preiserhöhung von etwa 17 pCt. netto eintreten zu lassen.

• **Langscheder Walzwerk und Verzinkereien A.-G. Langscheder (Ruhr).** Die Gesellschaft beantragt, wie man uns berichtet (i. V. 15 pCt. Dividende und 5 pCt. Bonus).

Die steigenden Betriebskosten für den Goldminenbetrieb in der Capkolonie, der Crown Mines wurden bezeichnende Ziffern für die rasch steigenden Betriebsunkosten gegeben. Diese stiegen wie folgt (per Tonne):

1914	1916	1917	1918 (Jan. bis Mai)
16 s 7.3 d	16 s 19 d	18 s 3.5 d	19 s 7.6 d	21 s 9.1 d

Somit sind gegenüber 1914 die Unkosten um 30½ pCt. gestiegen. Harrysonderbemerkt wird, daß die Crown Mines als guter Durchschnitt für die Verhältnisse am Rand dienen könne.

• **Liebig's Extract of Meat Co.** Die Gesellschaft verteilt für das Ende Juni 1918 abgelaufene Geschäftsjahr aus einem Gewinn von rund Lst. 566 772 15 pCt. Dividende.

• **Die Beschaffenheit der neuen Ernte.** Vom Berliner Getreide- und Futtermittelmarkt scheibt man uns: „Bestimmt kann das Wetter auch in der Berichtswoche noch nicht geworden, jedoch überwogen die trockenen Tage, sodaß die Feldarbeiten kräftig weiter gefördert werden konnten. Der Roggen dürfte jetzt, außer in dem stets später erntenden Nordosten völlig von den Feldern herunter sein, auch von der Gerste ist das Gleiche, während Hafer und Weizen sich hie und da noch draußen befinden. Was die Beschaffenheit der neuen Frucht anlangt, so hat die letzte Woche daran nicht mehr wesentlich verändert: es ist mit guter, aber recht feuchter Ware zu rechnen und die Mühlen werden die große Mühe haben, die ihnen zuzuweisenden Mengen in guter Beschaffenheit zu erhalten. Ueberdies sind ihre Lagerverpflichtungen beträchtlich erhöht worden und zwar bis zur halben Menge ihrer Jahresfriedensverpflichtung. Demgegenüber dieser stark erhöhten Verantwortung die Herausetzung des Lagergeldes von ℳ 2.50 auf ℳ 3.50 für Tonne und Monat und die Herabsetzung der lagergeldfreien Zeit von 14 Tagen auf die jeweils laufende Monatshälfte einen Ausgleich bedeuten, ist nicht ganz sicher und die Müllerverbände sind auch bereits an die R. G. mit dem Ersuchen herangetreten, weitere Lagerhalter heranzuziehen. Abgesehen von dem starken Defizit, das infolge des Ausfalls der diesbezüglichen Mengen Roggens, von dem hier z. T. nur noch mäßige Mengen herankommen, gut. Beim Weizen dagegen von dem in der nächsten Zeit größere Posten erwartet werden, wird wohl weiter Brandsatz entstehen, in der letzten Zeit vornehmlich aus Sachsen und Schlesien, aber auch aus Brandenburg. Daß dadurch größere Schäden für das Mahlgut entstehen, ist ausgeschlossen. Die Einrichtungen unserer neuen Mühlen sind wohl vorbeugend, wohl aber wird große Aufmerksamkeit notwendig sein, soweit es sich um Saatgut für die kommende Ernte handelt; denn der Brand pflegt sich bei mit ihm besetzter Saat im neuen Jahre stark zu vermehren. Ob die aus den Maßnahmen der R. G. hervorgeht, rechnet auch diese für die jetzt zu Ende gehende Ernte mit einem größeren Betrage, als in den bisherigen Kriegsjahren, was die vorliegenden privaten Angaben bestätigt. Wie weit dieser auf den höheren Hektarertrag zurückzuführen ist und wie weit die Verminderung der Getreideanbaufläche durch vermehrten Anbau von Oelfrüchten, Gemüse und Kartoffeln durch sonstige Vergrößerungen des Areals ausgeglichen werden konnte, ist für den Außenstehenden natürlich nicht zu übersehen: Erntestatistiken werden aber auch in diesem Jahre nicht bekannt gegeben.

Am **hiesigen Markt** ist das Angebot von Rüben groß geblieben, die Preise für Steckrüben sind weiterm herabgesetzt und auch für Möhren vom 1. September ab neue Preise festgesetzt worden. Rauhfutter hat noch immer sehr ruhigen Verkehr, Rapsstroh ist weiter angeboten, Haferstroh liegt unverändert ruhig. Das Angebot von Saatgetreide bleibt stark, auch die Umsätze darin sind nicht unbedeutend. Winterweizen mit und ohne Johannisgrun ist weiter gesucht, ebenso Kleesaaten. Ueber deren neue Triebe haben jetzt die Verhandlungen begonnen; es sind, wie verlautet, beträchtliche Preiserhöhungen zu erwarten. Seradella und Lupinen liegen still bei sehr kleinem Anebot; die Nachfrage überwiegt. Ziemlich regelmäßig ist das Geschäft auch weiter in Gras- und Gemüsearten.

Die Erntevorgänge in **Oesterreich** und **Ungarn** lassen sich jetzt ebenfalls ziemlich völlig übersehen. Ohne den ziffernmäßigen Angaben zu großen Wert beizulegen, wird man annehmen dürfen, daß auch diese beiden Länder über eine leidliche Mittelernte verfügen, indem doch eine Anzahl von Aufbringungsbezirken, u. a. in Böhmen, die auf Grund der geschätzten Ernteergebnisse ihnen vorgeschriebenen Lieferungsmengen freiwillig nicht unwesentlich erhöht. Das Erntewetter war im allgemeinen etwas besser als in Deutschland, sodaß die geschnittene Frucht zumeist trocken eingebracht werden konnte. Vor allem gilt dies von Weizen und Roggen, während allerdings für Kartoffeln und Mais bisher — nachdem auch in der Donaumonarchie eine Regenperiode von kürzerer Dauer zu verzeichnen war — trockenes und warmes Wetter als erwünscht bezeichnet werden. Bei dem neuen ungarischen Weizen wird lebhaft über Brandbesatz geklagt. — Die Nachrichten aus Rumänien über den Stand der Maisfelder lassen noch immer auf eine mittlere Mittelernte hoffen, besonders bemerkenswert aber sind Meldungen aus Bukarest, die besagen, daß die Aussichten für den Weizen in der Moldau zum Teil wesentlich besser seien, als in der Walachei. In Bessarabien ist keine wesentliche Besserung der Aussichten eingetreten. — Die Getreideernte in Frankreich soll 50 Millionen dz, d. h. etwa 20 pCt. mehr als im vorigen Jahre ergeben haben und eine gute Qualität besitzen, daß Inkokte und Ausfuhr Hoffnung auf Erhöhung der Rationen zu erwarten sei. — In Großbritannien bezeichnet man in amtlichen Reden die Ernte als insgesamt glänzend und der Arbeitsminister Barnes behauptete jüngst, daß sie ausreiche, um die Bevölkerung 40 Wochen zu ernähren gegenüber 8—10 Wochen im Frieden. Bis vor kurzem wurde bekanntlich in den Berichten aus England nicht selten sehr geklagt und so wird man hinter die Behauptung, daß Herrn Barney wohl ein Trugschluß unterlaufen müssen. Selbst wenn man annimmt, daß er nur den Bedarf der Zivilbevölkerung des Landes im Auge gehabt hat, erscheint seine Behauptung noch reichlich hoffnungsseelig. Auch die aus den Inlandsabliefergungen sich ergebenden Tatsache, daß die unsichtbaren Vorräte im Lande völlig erschöpft sind, stimmt wenig zu den glänzenden Zukunftsbildern. — In den Berichten aus den Vereinigten Staaten werden die Meldungen über gutes und schlechtes Wetter nahezu regelmäßig mit einander ab; der Einwirkung auf die Preise nach überwiegen aber noch immer die Befürchtungen, daß ernstere Schäden angerichtet worden sind. Das ist auch deshalb nicht ganz unwahrscheinlich, weil aus Südwestkanada ebenfalls wieder Klagen über die Witterung vorliegen.*

Drahtmeldungen.

r **Berlin**, 24. Aug. Die Ausschüttung der Dividendenergänzungsfonds der Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. von ℳ 4.20 Mill. beziweckt laut „Voss. Ztg.", den alten Aktionären den Bezug der ausgegebenen neuen Aktien zu erleichtern. Bekanntlich wurde im Mai d. J. im Zusammenhang mit dem Erwerb der Gewerkschaft Fürst Leopold eine Kapitalserhöhung um ℳ 12 Mill. auf ℳ 40 Mill. beschlossen, für die bisher die ministerielle Genehmigung nicht zu erlangen war. Inzwischen sollen nun neue Verhandlungen eingeleitet worden sein, um die nachträgliche Zustimmung zu erhalten. (Dazu sei aufmerksam gemacht, daß die Hoesch-Gesellschaft für die Gewerkschaft Fürst Leopold noch Uebernahme von Leopold-Obligationen und nach sonstigen Verrechnungen ℳ 22 Mill. zu zahlen hat. Wurde also den Dividende-Ergänzungsfond dazu verwenden, dann brauchte sie entsprechend weniger neue Aktien auszugeben.

Der **Pößneckerbankverein** hat nach hiesigen Blättern nunmehr der Thüringischen Landesbank den Gesellschaftsvertrag erteilt und zwar angeblich zu 190 pCt., während bisher immer nur von einer Offerte von 170 pCt. die Rede war und von einer Erhöhung derselben nichts verlautete.

r **Hamburg**, 24. Aug. Die **Flensburger Schiffbau-Gesellschaft** verteilt für 1917/18 wieder 10 pCt. Dividende.

Die **Munitionswerke Germania** A.-G. in Hamburg wird für 1917/18 dividendenlos bleiben (i. V. 14 pCt.).

n **Mülheim a. Rhein**, 24. Aug. Die **Bayerische Transitolf A.-G.** in München hat in Oberenburg (Main) große Geländeankäufe vorgenommen, um dort die neue Gummifabrik zu errichten.

o **Stuttgart**, 24. Aug. Zwischen der Stahl & Federer A.-G. in Stuttgart und der **Handwerkerbank Spaichingen A.-G.** in Spaichingen scheinen nach Mitteilungen des Landesblattes Verhandlungen über eine Aufgabe der Handwerkerbank Spaichingen A.-G. deren Geschäfte alsdann unter Errichtung einer Zweigniederlassung von der Stahl & Federer A.-G. übernommen werden sollen.

r **Paris**, 23. Aug. Die letzten Verkäufe von **Kaffee aus Valorisationsbestänben** wurden zu Fr. 186.50 per Sack (60 kg) in Havre getätigt.

Offizielle **Preise** der laufenden Woche (loco Havre): Kupfer 400, Zinn settlements 1350, englisch 1325, Zink 210, extraroh 260.

Das **Moratorium für Versicherungsgesellschaften** wurde um weitere drei Monate verlängert.

1 **Paris**, 22. Aug. **Wechselkurse.**

	Parität	21.8.	22.8.		Parität	21.8.	22.8.
London	25.22	26.94½	26.85	Spanien	100.—	138.75	137.—
New York	5.18	5.55	5.53	Portugal	100.—	205.30	204.—
Petersburg	266.67	—	—	Schweden	100.—	198.50	198.—
Italien	100.—	74.75	76.75	Norwegen	100.—	176.—	174.50
Schweiz	100.—	133.—	133.25	Dänemark	100.—	176.50	176.—

22. August	Deutschland	Holland	Schweiz	London	Paris
Kopenhagen	51.— (52.25)	164.75 (166.—)	95.— (95.25)	17.— (17.—)	
Stockholm	48.75 (46.50)	145.50 (145.50)	66.75 (67.50)	13.50 (13.40)	50.25 (50.—)

Amsterdam, 23. Aug. An der Fondsbörse war die Haltung ruhig.

	22.	23.			22.	23.
3% Niederl.	71	71	Deutsch. Fonds	Sch. Bank	140.—	141.50
3%	69	69	South Basic	Wien	18.10	18.05
Kgl. Petr.-A.	552	555½	Italien. Fonds	Schweiz	46.10	45.45
Rotl.-Am.-L.	173	173	Russenanl.	Kredit	60.75	61.50
Ned.-Ind. St.	171	171	Wien	Stock	68.85	68.—
Rumänien	60	—	Ungarn	London	9.25	9.23½
Rock Island			Bank Noord	Paris	34.60	34.80

London, 22. Aug. Fondsbörse. Privatdiskont 3½%.

	22.	22.			22.	22.
2½ Konsols	56⅞	56⅞	5% Kriegsanl	94¾	Rio Tinto	69½
4 Argentin.	—	100½	4½ Kriegsanl	102⅞	Chartered	15⅝
4 Japaner	71½	—	4½ Victoria	92¾	De Beers	15⅝
4 Japaner	71½	—	Canada Pacif.	165	Goldfields	17
Portugiesen	54½	—	Brit. Columbia	—	Randmines	3⅛
6 Russen 05	—	—	Steels	117	Randmines	31/32
5 Russen 06	—	—	Anaconda	—	Utah	49½

London, 22. Aug. Bank von England (in 1000 £).

Totalreserve	30.366	+ 0.573	Privatguthaben	135.999	— 1.730
Notenumlauf	56.749	+ 0.088	Staatsschatzguthab.	33.698	+ 0.398
Barvorrat	37.115	+ 0.661	Notenreserve	29.719	+ 0.606
Wechselbestand	98.951	— 1.327	Regierungssicherh.	58.423	— 1.080

Reserve 17.90 (Vorw. 17.65) %, Clearinghousesumsatz 403 (gegen Vorj. + 77 Mill.)

Liverpool, 22. Aug. Baumwolle.

	21.	22.		22.	23.		22.	23.
Umsatz	4000	3000	August	23.69	23.75	Augypt. Aug	30.19	30.19
Import	11600	3600	September	23.31	23.36	do. Sept.	—	—
davon Amerik.	11600	3600	Oktober	23.39	23.38	Amsterd.	—	—
lose g. mittel	24.65	24.52	November	22.85	22.90	do. Sept.	—	—

New York, 23. Aug. Schlußnotierungen.

	22.	23.		22.	23.		22.	23.
Atch. A. Sec	727/8	—	do. Pr. Lien	74	—	S. P. Apr. 28	79¾	79¼
Atlantic Coast	66¾	66¾	4 Proz. Anl.	81¼	81—	Southern Pac.	93¾	93¾
Chesapeake	76½	77—	3½ Proz. Anl.	81—	69½	Utah. Stm.	—	—
Erie 1924	—	—	4 Proz. Anl.	—	50—	Ver. St. Stl.	106½	105½
Pac. 3 Bds.	58—	59—	Steel 5% M.	50¼	—	Ver. St. Stl. Pf.	98½	—

Minneapolis, 22. Aug.	21.	22.	Toledo, 22. Aug.	21.	22.
Leinsaat loko	449⅞	445⅞	Kleesaat loko	—	—
Winnipeg, 22. Aug.			Oktober	17.38	17.50
Leinsaat per Okt.	431—	429⅝	New York, 23. Aug.		
Duluth, 22. Aug.			Hafer weiße clipped	82—	82—
Leinsaat per Sept.	453—	—	Zuckerpreis loko	8.—	8.—
do. per Oktober	445	444—	Schmalz Hohe & Brothl.	28.—	28.—

Waren- und Produkten-Berichte.

§ **Viehmarkt.** Hasum, 22. Aug. Dem heutigen Schweinemarkt waren 60 Ferkel zugeführt. Der Handel verlief flau, die Ferkel wurden nicht gerämmt. Es kosteten: 4—6 Wochen alte Ferkel ℳ 80—100, 6—10 Wochen alte Ferkel ℳ 100—120 das Stück, nach Lebendgewicht ℳ 4.— das Pfund. Angeführt wurden Ferkel nach Soest und Hasienbeck. Die Gesamtzufuhr zu den schleswig-holsteinischen Schweinemärkten betrug in letzter Woche etwa 1000 Ferkel und Zugschweine.

Wetterberichte v. 24. Aug. (vom Physik. Verein Frankfurt.)

Gestern war tags das Wetter in Deutschland noch ziemlich heiter und warm, nachmittags und nachts trübe, vielfach Gewitter und Regen. — Ausgesprochene Herbstwitterung. — Vorherrschende Richtung: Westlich. Gewitterneigung, etwas kühler.

Von der Deutschen Seewarte. (3 Uhr morgens.)

Station			Station			Station		
Helgoland	b	14	Hannover	b	17	Kassel	b	17
Borkum	b	13	Frankfurt	b	17	Breslau	b	17
Hilkenaen (B)	b	13	Münster	b	17	Warschau	b	13
Hamburg	b	14	Karlsruhe	b	17	Metz	b	17
Hamburg	b	14	Dresden	w	15	Trier	b	17

b = heiter, w = wolkig, bl = blau, ⅝ = bedeckt, h = Hagel, r = Regen, s = Schnee, g = Gewitter, n = Nebel, = Schnee.

Frankfurt 23. Aug. Maxim. + 32.1. Minim. + 19.4. Tagesmittel + 24.3. Normalm. + 17.8.

Wasserstand

23. August früh.			
Lauterbg. Rh.	424 — 1cm	Aschffbg. Main	68 — 3cm
Bingen Rh.	171 — 5cm	Würzbg. Main	75 — 1cm
Straßburg Rh.	262 — 4cm	Lehr Main	89 — 0cm

24. August früh.			
Kostheim Schleusenpegel		Bingen Rhein	000 + 0cm
Ueberlauf	226 cm	Lauterbg. Rhein	161 + 6cm
Fahrtiefe	206 cm	Leitzkerau Elbe	182 + 0cm
Kaub Rhein	60 + 2cm	Dresden Elbe	186 cm
		Magdbg. Elbe	43 + 4cm

Schluß des redaktionellen Teiles.

BERLIN
GROSSTES HOTEL DEUTSCHLANDS
DIRECT AM BAHNHOF FRIEDRICH-STRASSE
CENTRAL-HOTEL
500 ZIMMER
ZIMMER MIT BAD, KOSTETT
FLIESSENDEN WASSER u. FERNSPRECHER
H925

Für Flugplatz- u. Strassenbau
Selbstfahrende Motorsteinbrecher
80–100 cbm-Tagesleistung
Motorwalzen
8–15 ton. Gewicht
Viele Referenzen von Militärbaubehörden sowie von Straßen- u. Flußbauämtern.
Man verlange Druckbogen F Z 2
H99005
Carl Kaelble, Motoren- und Maschinenfabrik Backnang (Wtbg.)

Heeresliefernng!
Eine gut eingerichtete Papierwaren- oder Briefumschlagfabrik gesucht, welche in der Lage ist, prompt, gute, Heeresbriefumschläge in großen Mengen zur fortlaufenden Lieferung zu übernehmen. Papier könnte evtl. gestellt werden. Gefl. Angebote unt. W ℳ 6121 an Rudolf Mosse, München.

Rechenmaschine System „Berolina" neu, preiswert zu verkaufen.
Fr. E. Menger, Feuerstätten H18011
Wiesbaden
Sachverständiger
Bitterstraße 14. Fernsprecher 1564.

T-Eisen
100×100 mm
gesucht. 80/80 oder 100/120 mm suchen zur sofortigen Besprechung
Q71670
Deutsche Schiffbr. G. m. b. H., Abt. Einkauf, Hersfeld.

Damenschuhe
Ein Weltschlager!
haben keine schiefen Absätze mehr bei Benutzung der unsichtbaren Gummiabsätze. Kein Schuhmacher, kein Nagel, keine Reparaturarbeit, hochelegant, vornehm, praktisch und billig. D. R. W. P. D. R. G. M. u. Auslandspatente angem. Gefl. gefl. Angebote an Interessenten mit auf eigene Rechnung zu reisenden. Muster geg. Berechnung durch Patentgummiabsatz-Industrie Max Gehm, Heidelberg.
Den Inhaber der Patentgummiabsatz-Industrie Max Gehm, Heidelberg, treffen wir auf der Leipziger Messe: Reichshof II. Etage, Stand 113—118 und Goldener Hirsch, Petersstr. 37, I. Etg. Stand 125—126.
H28112

Ca. 1400 kg
Gummi olibanum (Weihrauch)
hoben preiswert abzugeben
Q71660
Leonhardt & Martini, chemische Fabrik,
Hannover, Herrischestr. 6.
Zeitgr.-Adr.: Martinichem.
Telegr. Nord 3870.

Nahrungsmittelfabrik
(Obst), viele Dachpfeifen, Mühlenwerke, Mühle, Siebe, Schrotte, Kollermühlen, viele Rollgänge, große Arbeitsräume, sucht
preiswerte friedensobjekte
Beschäftigung
auf eigene Rechn. e. im Lohnbetrieb. Werm. werden auch gute neue Artikel aufgenommen. Maschinerie werden gut gestellt. Gefl. Angebote unter Wandg. Gewinnbet. Kapital. Angebote unter D 23218 an die Exp. der Frankfurter Zeitung.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Mannheim
Niederlassungen in: Baden-Baden, Bruchsal, Durlach, Freiburg i. Br., Heidelberg, Karlsruhe, Lahr i. B., Lörrach, Landau i. Pf., Offenburg, Pforzheim, Pirmasens, Rastatt, Singen am Hohentwiel, Speyer, in Frankfurt a. M.: E. Ladenburg, in Konstanz: Simonis & Co.
Aktienkapital ℳ 80,000,000 Reserven ℳ 40,000,000
Besorgung aller banktechnischen Transaktionen

Paraffin-Ersatz
Erdwachs-Ersatz
Montanwachs-Ersatz
liefert für Selbstverbraucher
Schlicum-Werke A.-G., Hamburg.
H18254

Sie sehen
A.W.A.-Türdrücker
D. R. P. a.
Gusskörper mit Holzgriff
behördlicherseits als das Beste anerkannt, in Leipzig zur Messe, Dresdner Hof. 1. Obergeschoß Saal 3, ebenfalls auf der Baumesse Breslau.
Vertreter gesucht.
Aalwerke Heinrich Rieger und Söhne
Aalen (Württ.)
H18015

Säcke
2, 3 und 4 fach aus 12 zäh Kraftpapier liefert prompt jede Menge
Grosse Leistungsfähigkeit
für Füllgut aller Art
= in allen Größen zu =
= billigsten Preisen =
die von der Reichsschutzfrei angemeldete
Sackfabrik Carl Ph. Schmidt Kaiserslautern
Telegr. Adr.: Papierschmidt
Fernspr. 140

Wichtig für Apotheker, Drogisten und Friseure!
Riesenposten Essig, Germacetin, ein leichtlös- und eisenfreier Ersatz für Acetylsalicylsäure, Quarzöl, Gummerschen Papier-Essig, Haarmittler, Teils und Shampooings, Zahnpulver, Zahnpasten, empfiehlt in bester Qualität
Dr. Mann & Co., G. m. b. H., Leipziger Messe, Zeißgasse, Zimmer No. 231a. 2 Stod.
Q57456

Gebrauchter, gut erhaltener
Dampfkessel
mit etwa 30 qm Heizfläche und 10 Atm. Druck zu kaufen gesucht.
Offerten mit näherer Beschreibung des Kessels erbeten.
H18090
Franz Beck, Kunstmühlenwerke Aichach (Oberbayern).

Habe zu verkaufen
ca. 25,000 Blatt Lederkarton, braun Blattgröße 100×100 cm,
ca. 15,000 Kilo Panzerkropp-Papier Kraftpostpapier,
ca. 2000 Kilo Filzkarton (Saugfließpapier),
ca. 200,000 Stck. leere Düten 15×11 cm, einseitig bedruckt, mit ungummierter Klappe,
ca. 500 Kilo Papierleinfabband,
in Kaufstift, Breite 14—15 mm.
Offerten erbeten an
Joseph Föckler, Pirmasens.

Gesucht:
Tapeziererstifte 12—15 mm lang.
Sackaufschlag-Industrie, Neckarsulm.

Papiergewebe-Segeltuch
feldgrau, schwarz, marine und roh in größeren Quantitäten abzugeben. Anfragen erbeten an
Goldschmidt & Loewenick, Frankfurt a. M.
H18026

Mosel, Saar u. Ruwer Weine
in anerkannt vorz. Qualitäten.
Preislisten auf Wunsch.
H906
Voss & Hesse, Weingroßhandlung
HOFLIEFERANTEN
Bernkastel-Cues an der Mosel.

Honig-Makronen
(marktfrisch), prachtvoll schön, nur an Gelbverbraucher, Postkolli 9 Pfd. netto, eingelegt. Doppelkarton, Pfd. ℳ 10.75 ab hier.
H18013
Müller & Groeschke, Dresden.

Für Schuh- und Creme
Jüngere Reisende
Juwelen-Gelegenheitskäufe
Sehr gesucht, billigst Spez.: Perlen-Colliers Silberleger a. Brillantschmucke
BERLIN W Kanonierstr. 37 Tauentzienstr. 28
Margrafe & Co.
H10070

Beilage für Kinder- und Spielwaren
gegen Handelsimmerstern IV zu kaufen gesucht.
Gebr. Sussmann, Offenbach a. M.
Abteilung Erlesspapiere.
H18061

Pfefferkörner
kaufen laufend jedes Quantum
Chem. Fabrik „Eubilin", Edmundsthal, Bahnstation Siegburg.
H12020

Schweiz
ersuche Ingenieure u. Unternehmungsfirmen um Offerten zur Vertretung u. Interessen beteiligter Firmen der Schweiz. Off. u. Chiffre G. 6. 7. 12 befördert Rudolf Mosse, Bern.
H18001

Soeben erschienen!
Die
Nervosität
Bekämpfung und Verhütung der Nervenschwäche, mit Skizzen über Nervenschwäche und Nervenheilmittel der Neuzeit. Wissenschaftlich gehalten, doch gemeinverständlich, dargest. von Dr. med. Bing. Eigent. Verlag. 2. verm. u. verb. Aufl. 1918. 80 Seiten. Preis nur 1.— Mk. franko gegen Einsendung des Betrages von J. Bauer, Hygiene-Verlag, Frankfurt a. M. 2, Weidenhof 18.
H18009

Günstige Gelegenheit in
Additions-Maschinen
Wegen Aufgabe der Herstellung von 3 meiner bekannten Additionsmaschinen, die sich durch ihre einfache Bedienung, zum Preise von nur 150 Mk. empfehlen, habe ich noch einige Exemplare
H84323
Schreibmaschinenhandlung B. Conrad, Metz.

Neueingang
von
Perserteppichen
Große Auswahl!
Vorteilhafte Preise.
Lagerbesuch lohnend.
Teppichhaus
Heinrich Meyer, Darmstadt.
Ernst Ludwigstr. 19.
H18027

La Treibriemenwachs
fabriziert
H71863
Bohnerwachse
flüssig haben noch abzugeben
Lazarus & Co.
Marbach a. Neckar.

BIOX
ZAHNPASTA
mit Sauerstoff-Wirkung nach Hofrat Dr. Zucker
jetzt als
Biox Trocken
in Original-Blechdosen
weder überall erhältlich
Max Elb, o. m. b. H. Dresden

Verantwortlich: Politik: i. V. Alfred Hoffmann. Allgemeines: Max Ohnsorge. Feuilleton: Rudolf Kayser. Handel: Hermann Stern; Lokales: Max Ohnsorge. Anzeigen: Th. Schmidt. Sämtlich in Frankfurt am Main. Druck u. Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.